

Auswertung der BSV-Kantonsbefragung zur Bekämpfung von Kinderarmut

Schlussbericht

Im Auftrag
des Bundesamts für Sozialversicherungen BSV
Geschäftsfeld Familie, Generationen und Gesellschaft

Caroline Heusser, Heidi Stutz, Anja König

Bern, Juli 2022

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	III
Résumé	VII
Riassunto	XI
1 Ausgangslage, Fragestellungen und Datengrundlagen	1
2 Zuständigkeiten	1
3 Zahlen zur Anzahl betroffener Kinder	5
3.1 Sozialhilfestatistik	5
3.2 Weitere kantonale Datenquellen	9
4 Kantonale Strategien und Massnahmen gegen Kinder- und Familienarmut	11
4.1 Strategische Grundlagen zur Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut	11
4.2 Studien und konzeptionelle Grundlagen	13
4.3 Kantone ohne Strategien, konzeptionelle Grundlagen oder Studien	15
5 Familien-Ergänzungsleistungen	17
5.1 Familienergänzungsleistungen in den Kantonen	17
5.1.1 Evaluationen	19
5.1.2 Zielerreichung aus Sicht der Kantone	23
5.2 Kantone ohne Familienergänzungsleistungen	23
6 Weitere Massnahmen und Familienbeihilfen	27
6.1 Weitere angegebene Massnahmen	27
6.2 Weitere Familienbeihilfen in den Kantonen	27
7 Erwartungen an den Bund	31
8 Schlussbetrachtung und Fazit	33
9 Literaturverzeichnis	37
10 Fragebogen	41

Zusammenfassung

Die parlamentarischen Initiative Piller Carrard (Pa. Iv. 20.454) «Kinderarmut bekämpfen» vom 19. Juni 2020 fordert, dass der Bund eine gesetzliche Grundlage für Massnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut in der Form von finanzieller Unterstützung für Familien schafft. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) hat die Bundesverwaltung damit beauftragt, Informationen über Kinderarmut und die Strategien der Kantone zu deren Verhinderung und Bekämpfung bereitzustellen. Dabei interessieren speziell die Familienbeihilfen (bedarfsabhängige Sozialleistungen, die sich an Familien richten), welche in einigen Kantonen bestehen, und unter diesen insbesondere Familien-Ergänzungsleistungen. Das BSV hat dazu im Frühjahr 2022 in Absprache mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) eine Online-Umfrage bei den Verantwortlichen der kantonalen Sozialämter durchgeführt, welche vom Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) ausgewertet wird. Von 23 Kantonen¹ liegen Antworten vor.

Zuständigkeiten

Bei der Mehrheit der Kantone liegen die Zuständigkeiten für die Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut bei einer Stelle, die im Bereich des Sozialen angesiedelt ist. In einigen Kantonen werden zusätzlich weitere Stellen angegeben, meist aus den Bereichen Erziehung und Bildung, Wirtschaft und Arbeit, vereinzelt werden auch Ausgleichskassen angegeben. In einem Kanton (LU) liegt die Zuständigkeit bei den Gemeinden.

Zahlen zur Anzahl betroffener Kinder

Hauptquelle für die Zahlen zur Kinder- und Familienarmut ist die Sozialhilfestatistik. Insgesamt bezogen in der Schweiz 2020 fast 80'000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wirtschaftliche Sozialhilfe (ohne Asyl- und Flüchtlingsbereich). Mit 29% machen Kinder und Jugendliche fast einen Drittel der regulär Sozialhilfebeziehenden in der Schweiz aus. Der Anteil schwankt unter den Kantonen zwischen 21% (TI) und 34% (NW, UR). Die Sozialhilfequote liegt schweizweit für die 0-17-Jährigen mit 5.2% 1.6 Mal höher als in der Gesamtbevölkerung (3.2%). Wie stark die Betroffenheit der 0-17-Jährigen im Vergleich zu der Gesamtbevölkerung erhöht ist, unterscheidet sich zwischen den Kantonen.

Der Anteil Sozialhilfebeziehender ist bei allen Haushaltstypen mit minderjährigen Kindern höher als ohne, ausser wenn drei oder mehr Erwachsene in einem Haushalt wohnen. Mit Abstand am höchsten ist die Haushaltsquote bei Einelternhaushalten mit 20.4% (Total Privathaushalte 4%). Wiederum gibt es grosse Unterschiede zwischen den Kantonen. In allen Kantonen ausser TG, in dem sich die Quoten genau entsprechen, liegt der Anteil Sozialhilfe beziehender Haushalte mit Kindern höher als jene von Haushalten ohne Kinder. Die Quote der Einelternhaushalte, welche Sozialhilfe beziehen, liegt in 11 Kantonen bei 20% oder mehr. Insgesamt ist die Quote der Einelternhaushalte fünfmal höher als bei Haushalten ohne Minderjährige.

8 Kantone (BS, FR, GE, JU, LU, NE, VD, VS) verfügen über weitere kantonale Datenquellen zur Armutsbetroffenheit von Kindern. Es handelt sich um (häufig einmalige) Berichte und Studien, für die verschiedene Datenquellen ausgewertet werden, oder um Datensätze, welche anonymisierte Individualdaten aus verschiedenen Datenquellen des Kantons verknüpfen. Meist sind es Angaben, die sich auf Steuerdaten und/oder Daten zum Bezug von Sozialleistungen stützen.

¹ AG, AI, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH.
Von AR, SZ und TG liegen keine Antworten vor.

Kantonale Strategien und Massnahmen gegen Kinderarmut

Von den 23 antwortenden Kantonen verfügt keiner über eine schriftlich festgehaltene, eigenständige Strategie zur Bekämpfung von Familien- bzw. Kinderarmut. 13 Kantone verfügen über breitere schriftlich festgehaltene Strategien, welche Familien- und Kinderarmut mit abdecken. In 5 dieser 13 Kantone (BE, BL, GE, SO, VD) handelt es sich dabei um eine ausformulierte Strategie, in 3 Kantonen (AI, AG, VS) wird die Verankerung im Regierungsprogramm genannt, in 2 Kantonen wird das strategische Vorgehen der Regierung in Form von Begründungen zu Regierungsbeschlüssen aufgezeigt (BS, ZH) und in weiteren 3 Kantonen existieren Berichte zur Armutsthematik (BE, FR, JU). In LU, wo die Gemeinden zuständig sind, besteht auf Kantonsebene nur ein Kinder- und Jugendleitbild.

15 Kantone haben in den letzten 10 Jahren konzeptionelle Grundlagen oder Studien erarbeitet, die für den Bereich der Kinder- und Familienarmut relevant sind. Diese Grundlagen beschäftigen sich mit Familien und Familienpolitik, Armut im breiteren Sinne, Familien-Ergänzungsleistungen, spezifischen Sozialleistungen oder mit der gesamten Sozialpolitik und der sozialen Situation. Weiter werden auch Berichte zu spezifischen Themen wie der frühen Förderung oder der Kinder- und Jugendpolitik genannt.

4 der antwortenden Kantone (OW, NW, GL, SH) haben weder Strategien noch konzeptionelle Grundlagen oder Studien aus den letzten 10 Jahren zu Familien- und Kinderarmut angegeben. In zweien dieser Kantone wird ein tiefer Problemdruck als Grund genannt, ein Kanton führt ausreichend vorhandene Lösungsansätze an und ein Kanton erarbeitet derzeit eine Armutsstrategie.

Familien-Ergänzungsleistungen

4 Kantone richten Ergänzungsleistungen an Familien aus: Genf, Solothurn, Tessin und Waadt. Zwei weitere Kantone nennen weitere Familienbeihilfen, die der Sozialhilfe vorgelagert sind und als Alternativen zu Familien-EL betrachtet werden, jedoch dem System der Ergänzungsleistungen nicht entsprechen. In Genf und Solothurn wurden die Familien-EL seit ihrer Einführung nicht in wichtigen Punkten verändert. In Tessin und Waadt gab es mehrmals Anpassungen.

In allen 4 Kantonen wurden die Familien-EL mit Evaluationen überprüft. Insgesamt wurde dabei festgestellt, dass die Familien-EL die Familienarmut verringern können und die Situation der leistungsbeziehenden Familien verbessern. Je nach Ausgestaltung der Leistung können jedoch auch ungewünschte Effekte auftreten wie Schwelleneffekte, negative Erwerbsanreize, ungenügende Deckung des finanziellen Bedarfs der Familien und Probleme aufgrund einer hohen Anzahl Mutationen. Auch fällt ein Teil der Familien in die Sozialhilfe zurück, sobald die Kinder die obere Altersgrenze erreicht haben. Aus der Sicht der Kantone wurden die meisten ihrer Ziele der Familien-EL erreicht, insbesondere die Verringerung der Familien- und Kinderarmut und die Entlastung der Sozialhilfe. In SO werden die beiden weiteren Ziele eines wirkungsvollen Erwerbsanreizes und der Förderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit nur teilweise erreicht. In VD wurde das Ziel der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Integration von Betreuungskosten ins System der Familien-EL nur teilweise erreicht. VD und TI setzten in den letzten Jahren vermehrt auch auf Beratung und Coaching der EL-beziehenden Familien.

Bei den Kantonen ohne Familien-EL gab es in praktisch allen Kantonen aktuell oder in der Vergangenheit Bestrebungen, Familien-EL einzuführen. In 8 Kantonen (AG, AI, BL, FR, NE, SG, SH, ZH) bestehen aktuell Bestreben, Familien-EL einzuführen oder eine Einführung zu prüfen. In 4 dieser Kantone (AG, SG, SH, ZH) wurden politische Vorstösse eingereicht, die derzeit bearbeitet werden. In je einem Kanton ist bereits eine Vorlage zur Einführung von Familien-EL in Erarbeitung (FR), bzw. ist mit Mietzinsbeiträgen bewusst eine Alternative zu Familien-EL geplant (BL). In einem weiteren Kanton (NE) sind parlamentarische Vorstösse noch offen. 5 weitere Kantone haben in den letzten zehn

Jahren die Einführung von Familien-EL geprüft, aber verworfen oder sie ist aus anderen Gründen nicht zustande gekommen (BE, GR, JU, VS, ZG) und in den übrigen 4 antwortenden Kantonen waren Familien-EL auch in den letzten zehn Jahren politisch nie ein Thema. (LU, NW, OW, UR).

Die **Haltung der Kantonsregierungen** gegenüber Familien-EL ist über die Kantone, welche diese Leistung bereits kennen, hinaus in 3 Kantonen (AI, SH, FR), welche die Einführung aktuell prüfen, positiv. In 2 Kantonen (SG, ZH) will die Regierung zuerst Datengrundlagen für die Entscheidung schaffen. Und in 8 Kantonen (BE, BL, BS, GR, JU, LU², NE, ZG) werden Familien-EL von der Regierung abgelehnt. Die Haltung der Regierungen der übrigen Kantone (AG, VS, NW, OW, UR) ist nicht bekannt.

Weitere Massnahmen und Familienbeihilfen

Neben Familien-EL geben die Kantone weitere Massnahmen zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut an. Oft sind dies überall existierende Massnahmen wie Steuerabzüge, Krankenkassen-Prämienverbilligungen, Alimentenbevorschussung oder die Subventionierung von Kinderbetreuungsstrukturen. Vereinzelt werden auch weitere Familienbeihilfen genannt, aber nicht in allen Kantonen, die solche Leistungen kennen. Die Angaben wurden daher mit dem Inventar der Sozialhilfe im weiteren Sinn ergänzt. Meist handelt es sich um Beiträge für die Zeit nach der Geburt, die als Mutterschaftsbeiträge, Elternschaftsbeiträge, Erwerbsersatzleistungen für einkommensschwache Eltern und Erwerbsersatzleistungen an alleinerziehende Elternteile bezeichnet werden. Zudem gibt es punktuelle Leistungen für Familien mit finanziellen Problemen, Familienfonds und Beiträge an Familien, welche sich um ein Kind mit Behinderung kümmern. Weiter verfügt Basel-Stadt über Familienmietzinsbeiträge, welche zu Wohnbeihilfen zählen.

Erwartungen an den Bund

In der Befragung wurde erhoben, ob die Kantone Erwartungen an den Bund haben, wie er sie in der Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut unterstützen könnte. 8 Kantone formulieren keine Erwartungen an den Bund. 7 Kantone sehen die Rolle des Bundes in der Bereitstellung von Wissensgrundlagen. 6 Kantone schlagen eine Stärkung und/oder Revision der Systeme der sozialen Sicherung auf Bundesebene vor. Darunter nennt der Kanton TI explizit die Einführung von Familien-EL auf Bundesebene. Jeweils 4 Kantone führen ein Engagement des Bundes in der Armutsbekämpfung sowie die Unterstützung des Bundes in weiteren spezifischen Politikbereichen an.

Schlussbetrachtung und Fazit

Die fast 80'000 Kindern in der Sozialhilfe (ohne Asyl- und Flüchtlingsbereich) und ihre gegenüber der Gesamtbevölkerung erhöhte Sozialhilfequote zeigen nicht nur, dass das Thema relevant ist. Die Sozialhilfestatistik verweist auch auf grosse Unterschiede zwischen den Kantonen. Die Hälfte aller Kinder in der Sozialhilfe lebt in den Kantonen Zürich, Bern, Waadt und Genf, aber nur in Bern und Genf (zusammen mit Basel-Stadt und Neuenburg) ist auch die Sozialhilfequote der Kinder stark erhöht im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung. Nur in 8 Kantonen bestehen Datengrundlagen zur Kinder- und Familienarmut auf Kantonsebene über die Sozialhilfestatistik hinaus.

Die Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut ist bei rund der Hälfte der Kantone Teil einer Strategie, die sich jedoch nicht ausschliesslich mit diesem Thema beschäftigt. Wiederum etwas mehr als die

² Politisch wurden Familien-EL im Kanton LU nicht behandelt, laut den Angaben in der Befragung steht bei der Existenzsicherung jedoch die Optimierung der bestehenden Leistungen im Fokus und nicht neue Leistungen wie Familien-EL.

Hälfte der Kantone haben in den letzten zehn Jahren konzeptionelle Grundlagen und Studien erarbeitet, welche Kinder- und Familienarmut betreffen. Die Problematik ist also in vielen Kantonen präsent.

Familien-Ergänzungsleistungen bestehen in 4 Kantonen. Die überall durchgeführten Evaluationen und die Einschätzung der Zielerreichung durch die Kantone zeigen, dass die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut über diese Leistung grundsätzlich funktioniert, aber je nach Ausgestaltung mit spezifischen Herausforderungen verbunden ist.

In 8 von 17 antwortenden Kantonen ohne Familien-EL oder Ersatzlösung in Form als Alternative eingeführter Familienbeihilfen bestehen aktuell Bestrebungen, Familien-EL einzuführen oder eine Einführung zu prüfen. In 5 Kantonen scheiterten entsprechende Bestrebungen in den letzten zehn Jahren. Fast immer spielten finanzpolitische Gründe bei der Ablehnung eine Rolle, weitere in einzelnen Kantonen angeführte Argumente gegen Familien-EL waren negative Erwerbsanreize, das Problem der Gerechtigkeit gegenüber Haushalten ohne Minderjährige in finanziellen Schwierigkeiten, die Bevorzugung präventiv wirkender Verbesserungen (wie Integrations- und Bildungsmaßnahmen, Vereinbarkeit) sowie der Entscheid für Alternativen (Erhöhung der Krankenkassen-Prämienverbilligungen).

Als weitere Massnahmen zur Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut nennen die Kantone Leistungen, welche in allen oder sehr vielen Kantonen bestehen, wie Krankenkassen-Prämienverbilligungen, die Subventionierung von Kinderbetreuungsstrukturen oder die Alimentenbevorschussung, aber auch weitere Familienbeihilfen. Vereinzelt werden auch präventive Fördermassnahmen angegeben.

Der Grossteil der antwortenden Kantone formuliert Erwartungen, wie der Bund die Kantone in der Bekämpfung der Familien- und Kinderarmut unterstützen solle. Es wird die Bereitstellung von Wissensgrundlagen, eine Stärkung der nationalen sozialen Sicherungssysteme, ein stärkeres Engagement des Bundes in der Armutsbekämpfung sowie Unterstützung in spezifischen Politikbereichen angegeben.

Das Thema der Kinder- und Familienarmut im Asyl- und Flüchtlingsbereich wird in der Befragung und Auswertung nicht angesprochen, da Familien-Ergänzungsleistungen im Fokus der Befragung standen und diese für Familien aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich in der Regel nicht zugänglich sind. Familien im Asyl- und Flüchtlingsbereich sind dennoch ein für das Phänomen der Kinderarmut relevant.

Résumé

L'initiative parlementaire Piller Carrard (20.454) « Lutte contre la pauvreté des enfants » du 19 juin 2020 demande à la Confédération de créer des bases légales introduisant des mesures pour lutter contre la pauvreté des enfants sous la forme d'un soutien financier aux familles. La Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national (CSEC-N) a chargé l'Administration fédérale de lui fournir des informations sur la pauvreté des enfants et sur les stratégies cantonales visant à prévenir et à combattre ce phénomène. À cet égard, il est spécialement intéressant de se pencher sur les aides à la famille (prestations sociales sous condition de ressources destinées aux familles) octroyées dans certains cantons, en particulier les prestations complémentaires pour familles (PC familles). Au printemps 2022, l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) a mené, de concert avec la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS), une enquête en ligne sur ce sujet auprès des responsables des services cantonaux chargés des questions sociales ; le Bureau d'études de politique du travail et de politique sociale (BASS) en a évalué les résultats. Au total, 23 cantons³ ont répondu à l'enquête.

Responsabilités

Dans la majorité des cantons, la responsabilité de la lutte contre la pauvreté des familles et des enfants est confiée à un service rattaché aux autorités des affaires sociales. Certains indiquent d'autres services, dont les tâches relèvent pour la plupart de l'éducation et de la formation ou de l'économie et du travail ; quelques-uns ont répondu que ce rôle incombait aux caisses de compensation. Dans un seul canton (LU), cette responsabilité est du ressort des communes.

Chiffres sur la pauvreté des enfants

Les cantons citent la statistique de l'aide sociale comme source principale des chiffres sur la pauvreté des familles et des enfants. En tout, près de 80 000 enfants et jeunes de moins de 18 ans en Suisse ont touché une prestation de l'aide sociale économique en 2020 (hors personnes demandeuses d'asile et réfugiées). Avec un taux de 29 %, les enfants et les jeunes représentent près d'un tiers des bénéficiaires réguliers de l'aide sociale en Suisse. Cette part oscille selon les cantons, entre 21 % (TI) et 34 % (NW, UR). Au niveau national, le taux d'aide sociale des 0-17 ans s'élève à 5,2 %, soit 1,6 fois le taux de la population générale (3,2 %). Cet écart se creuse plus ou moins en fonction du canton.

La part des bénéficiaires de l'aide sociale est plus élevée dans tous les types de ménages avec enfants mineurs que dans ceux qui n'en comptent pas, hormis lorsque trois adultes ou plus vivent dans un même ménage. Le taux le plus élevé, et de loin, concerne les ménages monoparentaux (20,4 %, contre 4 % pour les ménages privés en général). Une fois encore, la situation varie grandement d'un canton à l'autre. Dans tous les cantons hormis TG, où les taux sont similaires, la part des ménages bénéficiaires de l'aide sociale est supérieure lorsqu'il y a des enfants. Le taux des ménages monoparentaux qui reçoivent ce type d'aide est d'au moins 20 % dans onze cantons. Dans l'ensemble, il est cinq fois supérieur au taux des ménages sans enfants mineurs.

Huit cantons (BS, FR, GE, JU, LU, NE, VD, VS) indiquent disposer d'autres sources statistiques sur la pauvreté des enfants. Il s'agit d'études et de rapports (le plus souvent ponctuels) exploitant différentes sources de données ou de jeux de données appariant des données personnelles anonymisées

³ AG, AI, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH.
AR, SZ et TG n'ont pas fourni de réponse.

extraites de diverses bases cantonales. La plupart du temps, ce sont des informations qui s'appuient sur des données fiscales ou des données sur le recours à des prestations sociales.

Stratégies cantonales et mesures de lutte contre la pauvreté des enfants

Sur les 23 cantons ayant participé à l'enquête, aucun ne dispose d'une stratégie à part entière et con-signée par écrit de lutte contre la pauvreté des familles ou des enfants. Mais 13 d'entre eux ont éla-boré et rédigé des plans plus larges qui englobent cette thématique. Sur ces 13 cantons, cinq (BE, BL, GE, SO et VD) évoquent une stratégie en tant que telle, trois (AI, AG et VS) mentionnent que le thème est inscrit dans le programme de législature, deux indiquent que la démarche se traduit dans l'exposé des motifs de décisions du gouvernement (BS et ZH) et trois autres parlent de rapports sur la pau-vreté (BE, FR et JU). LU, où les communes sont compétentes, s'est doté de lignes directrices canto-nales sur l'enfance et la jeunesse.

Ces dix dernières années, 15 cantons ont élaboré des bases conceptuelles ou mené des études en rapport avec la lutte contre la pauvreté des familles et des enfants. Ces travaux portent sur la famille et la politique familiale, la pauvreté au sens large, les PC familles, des prestations sociales spécifiques ou encore sur la politique sociale et le contexte social en général. Il s'agit également de rapports sur des thèmes spécifiques tels que l'encouragement de la petite enfance ou la politique consacrée à l'en-fance et à la jeunesse.

Parmi les cantons ayant répondu, quatre (OW, NW, GL et SH) ne mentionnent ni stratégie ni bases conceptuelles ou études. Deux justifient cette situation en indiquant que le phénomène reste limité, un explique que les solutions existantes sont suffisantes et le dernier, qu'il est en train d'élaborer un plan de lutte contre la pauvreté.

Prestations complémentaires pour familles

Quatre cantons versent des PC familles : GE, SO, TI et VD. Deux cantons mentionnent d'autres aides à la famille qui sont versées en amont de l'aide sociale et à titre d'alternative aux PC familles, mais qui ne s'inscrivent pas dans le système des PC. Dans les cantons GE et SO, les PC familles n'ont pour l'essentiel pas évolué depuis leur mise en place. TI et VD ont, quant à eux, procédé à plusieurs adap-tations.

Dans ces quatre cantons, les PC familles ont fait l'objet d'une évaluation. Le constat général est le sui-vant : ces prestations permettent de diminuer la pauvreté des familles et d'améliorer la situation de celles qui en bénéficient. En fonction de leurs modalités d'octroi, des effets indésirables peuvent ce-pendant survenir, comme des effets de seuil, une incitation à ne pas exercer d'activité lucrative, une couverture insuffisante des besoins financiers des familles et des problèmes liés à un trop grand nombre de changements de situation. En outre, une partie des familles recourent de nouveau à l'aide sociale dès que les enfants ont atteint la limite d'âge supérieure. Les cantons estiment que la plus grande partie des objectifs des PC familles ont été atteints, à savoir diminuer la pauvreté des familles et des enfants et décharger l'aide sociale. SO souligne que ses deux autres buts (incitation efficace à exercer une activité lucrative et promotion de l'indépendance économique) ne sont que partiellement atteints. Dans le canton VD, l'objectif visant à encourager la conciliation entre vie familiale et activité professionnelle par l'intégration des frais de garde et d'assistance dans le système des PC familles n'a été que partiellement atteint. Ces dernières années, VD et TI ont davantage mis l'accent sur le conseil et le coaching des familles bénéficiaires de PC.

Dans pratiquement tous les cantons où les PC familles n'existent pas, des démarches ont été entre-prises en vue d'en introduire : le projet est à l'étude dans huit cantons (AG, AI, BL, FR, NE, SG, SH,

ZH). Des parlementaires ont déposé une intervention, en cours de traitement, dans quatre de ces cantons (AG, SG, SH et ZH). Un projet visant à introduire des PC familles est actuellement élaboré dans le canton FR. BL prévoit plutôt de mettre en place des allocations de logement. À NE, des interventions parlementaires sont encore pendantes, Au cours des dix dernières années, cinq autres cantons (BE, GR, JU, VS, ZG) ont examiné l'opportunité d'opter pour des PC familles avant de rejeter l'idée ou de l'abandonner pour d'autres motifs, et dans les quatre cantons restants ayant participé à l'enquête (LU, NW, OW, UR), les PC familles n'ont jamais été à l'ordre du jour.

Si l'on omet ceux qui octroient déjà cette prestation, trois cantons (AI, SH, FR) dans lesquels l'introduction de la prestation est à l'étude rapportent un **avis positif du gouvernement cantonal** sur les PC familles. Les gouvernements des cantons SG et ZH souhaitent d'abord réunir des données avant de prendre leur décision. Les gouvernements de huit cantons (BE, BL, BS, GR, JU, LU⁴, NE, ZG) ont rejeté les PC familles. Il n'y a pas d'information concernant la position des autorités des autres cantons (AG, NW, OW, UR, VS).

Autres mesures et aides à la famille

Outre les PC familles, les cantons signalent qu'ils appliquent d'autres mesures de lutte contre la pauvreté des familles et des enfants. Il s'agit souvent de mesures répandues partout comme les déductions fiscales, la réduction des primes maladie, les avances sur contributions d'entretien ou le subventionnement des structures d'accueil pour enfants. Quelques cantons évoquent encore d'autres aides à la famille, cependant pas tous ceux qui connaissent également ces aides. Les données collectées dans le cadre de l'enquête ont donc été complétées par l'inventaire de l'aide sociale au sens large. Ces aides englobent les contributions versées après une naissance : allocations cantonales de maternité, contributions parentales, allocations pour perte de gain aux parents à faibles revenus et aux familles monoparentales. Il existe en outre des prestations ponctuelles destinées aux foyers qui rencontrent des difficultés financières, des fonds cantonaux pour la famille et des contributions aux parents qui s'occupent d'un enfant handicapé. BS prévoit des allocations de logement pour les familles, qui s'inscrivent dans le cadre des aides au logement.

Attentes envers la Confédération

Dans l'enquête, une question portait sur les attentes des cantons quant à un soutien de la Confédération dans la lutte contre la pauvreté des familles et des enfants. Huit d'entre eux n'émettent aucune requête vis-à-vis de la Confédération. Sept pensent que son rôle est de mettre à disposition des bases scientifiques. Six cantons proposent le renforcement ou la révision des systèmes de sécurité sociale au niveau fédéral. Parmi eux, TI mentionne explicitement à cet égard l'introduction de PC familles au niveau de la Confédération. Quatre cantons réclament un engagement de la Confédération dans la lutte contre la pauvreté et quatre, son soutien dans d'autres domaines politiques spécifiques.

Conclusions et résumé

Les quelque 80 000 enfants inscrits à l'aide sociale (hors personnes demandeuses d'asile et réfugiées) et le taux d'aide sociale correspondant (plus élevé que celui de la population générale) ne pointent pas seulement l'importance du thème ; la statistique de l'aide sociale révèle également de grandes disparités entre les cantons. La moitié des enfants qui dépendent de l'aide sociale vivent dans les cantons ZH, BE, VD et GE, mais seuls BE et GE (avec BS et NE) présentent aussi un taux d'aide sociale chez les enfants largement supérieur à celui de la population générale. Huit cantons

⁴ Le canton LU n'a pas traité la thématique des PC familles ; selon ses indications, il envisage davantage d'optimiser les prestations existantes pour couvrir les besoins vitaux plutôt que d'en créer de nouvelles.

uniquement disposent de bases de données sur la pauvreté des familles et des enfants autres que la statistique de l'aide sociale.

Dans près de la moitié des cantons, la lutte contre la pauvreté des familles et des enfants s'inscrit dans une stratégie plus large. Et plus de la moitié des cantons ont élaboré, ces dix dernières années, des bases conceptuelles et mené des études en rapport avec cette thématique. Ils sont donc nombreux à traiter la problématique.

Quatre cantons versent des PC familles. Les évaluations qui y ont été menées et l'avancement des objectifs visés montrent que cette prestation permet de lutter efficacement contre la pauvreté des familles et des enfants mais que, selon les modalités, des défis spécifiques se posent.

Sur 17 cantons participants qui ne proposent pas de PC familles ni d'alternative sous la forme d'aides à la famille, huit font état de démarches en vue d'introduire des PC familles ou d'en étudier la possibilité. Ce projet a échoué dans cinq cantons au cours des dix dernières années. Dans presque tous les cas, des motifs financiers ont joué un rôle dans le rejet du projet. D'autres arguments étayaient cette décision dans certains cantons : effets pervers sur l'activité lucrative, problème d'équité par rapport aux ménages sans enfants mineurs rencontrant des difficultés financières, priorité donnée aux améliorations à effet préventif (mesures d'intégration et de formation, conciliation de la vie familiale et de l'activité professionnelle) ou autres options (plus forte réduction des primes d'assurance-maladie).

Parmi les autres mesures de lutte contre la pauvreté des familles et des enfants, les cantons citent des prestations répandues dans tout le pays ou presque, à savoir la réduction des primes maladie, le subventionnement des structures d'accueil pour enfants ou les avances sur contributions d'entretien, mais aussi d'autres aides à la famille. Certains indiquent ponctuellement des mesures d'encouragement préventives.

La majeure partie des cantons ayant participé à l'enquête formule des attentes envers la Confédération sur la manière dont elle devrait les soutenir. Ils suggèrent la mise à disposition de bases scientifiques, un renforcement des systèmes nationaux de sécurité sociale, un engagement plus marqué de la Confédération dans la lutte contre la pauvreté et un soutien dans des domaines politiques spécifiques.

Le thème de la pauvreté des familles et des enfants parmi les personnes demandeuses d'asile et réfugiées n'est pas évoqué, car ces dernières n'ont généralement pas accès aux PC familles, objet principal de l'enquête. Cela étant, ces personnes entrent en ligne de compte dans le phénomène de la pauvreté des enfants.

Riassunto

L'iniziativa parlamentare Piller Carrard 20.454 Lotta contro la povertà dei bambini, del 19 giugno 2020, chiede che la Confederazione crei una base legale per poter introdurre misure per lottare contro la povertà dei bambini mediante versamenti alle famiglie. La Commissione della scienza, dell'educazione e della cultura del Consiglio nazionale (CSEC-N) ha così incaricato l'Amministrazione federale di mettere a disposizione informazioni sulla povertà dei bambini e sulle strategie dei Cantoni per prevenirla e combatterla. In questo contesto va prestata particolare attenzione agli aiuti alle famiglie (prestazioni sociali legate al bisogno destinate alle famiglie), già presenti in alcuni Cantoni, e tra cui rientrano in special modo le prestazioni complementari (PC) per le famiglie. A tal fine, nella primavera del 2022 l'Ufficio federale delle assicurazioni sociali (UFAS), in collaborazione con la Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali (CDOS), ha svolto un'inchiesta online presso i responsabili degli uffici del sostegno sociale cantonali, i cui risultati saranno analizzati dall'Ufficio di studi di politica del lavoro e politica sociale (Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien, BASS). Hanno partecipato all'inchiesta 23 Cantoni (di seguito «Cantoni partecipanti»)⁵.

Competenze

Nella maggioranza dei Cantoni la lotta contro la povertà delle famiglie e dei bambini è di competenza di un organo attivo nel settore della socialità. Alcuni Cantoni hanno indicato anche altri organi, perlopiù attivi nei settori di educazione e istruzione, economia e lavoro, nonché in casi sporadici pure casse di compensazione. In un Cantone (LU) la competenza spetta ai Comuni.

Dati relativi al numero di bambini poveri

La fonte principale per le cifre relative alla povertà delle famiglie e dei bambini è la statistica dei beneficiari dell'aiuto sociale. Nel complesso, nel 2020 in Svizzera quasi 80 000 bambini e giovani minorenni hanno percepito prestazioni dell'aiuto sociale finanziario (esclusi i settori dell'asilo e dei rifugiati). Si tratta in media del 29 per cento, ovvero quasi un terzo, dei beneficiari dell'aiuto sociale in Svizzera. La quota varia però a seconda dei Cantoni, attestandosi tra il 21 per cento (TI) e il 34 per cento (NW e UR). In Svizzera la quota di aiuto sociale tra le persone di età compresa tra 0 e 17 anni è del 5,2 per cento, ovvero 1,6 volte superiore a quella della popolazione complessiva (3,2 %). L'incidenza in questa fascia d'età rispetto alla popolazione complessiva varia da un Cantone all'altro.

Per tutti i tipi di economia domestica con figli minorenni, la quota dei beneficiari dell'aiuto sociale è maggiore rispetto a quella delle economie domestiche senza figli minorenni, tranne nel caso delle economie domestiche in cui vivono tre o più adulti. La quota di gran lunga più elevata si registra tra le economie domestiche monoparentali (20,4 %, a fronte del 4 % di tutte le economie domestiche private). Anche in questo caso vi sono grandi differenze tra i Cantoni. Fatta eccezione per il Cantone di Turgovia, in cui le quote sono identiche, in tutti i Cantoni la quota di aiuto sociale delle economie domestiche con figli è superiore a quella delle economie domestiche senza figli. In 11 Cantoni la quota delle economie domestiche monoparentali che percepiscono l'aiuto sociale è pari o superiore al 20 per cento. Nel complesso, la quota delle economie domestiche monoparentali è cinque volte superiore rispetto a quella delle economie domestiche senza figli minorenni.

Otto Cantoni (BS, FR, GE, JU, LU, NE, VD e VS) dispongono di altre fonti di dati cantonali sulla povertà dei bambini. Si tratta di rapporti e studi (spesso unici) per i quali sono analizzate diverse fonti di

⁵ AG, AI, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, UR, VD, VS, ZG e ZH. AR, SZ e TG non hanno fatto pervenire alcuna risposta all'inchiesta.

dati, oppure di set di dati che collegano dati individuali anonimizzati provenienti da diverse fonti di dati del Cantone in questione, ovvero generalmente indicazioni basate su dati fiscali e/o dati relativi alla percezione di prestazioni sociali.

Strategie e misure cantonali contro la povertà dei bambini

Dei 23 Cantoni partecipanti, nessuno dispone di una propria strategia scritta di lotta contro la povertà delle famiglie e/o dei bambini. In 13 Cantoni la povertà delle famiglie e/o dei bambini rientra in una strategia scritta più ampia del Cantone. In cinque di essi (BE, BL, GE, SO e VD) si tratta di una strategia appositamente formulata, in tre (AI, AG e VS) la strategia è inserita nel programma governativo, in due (BS e ZH) la procedura strategica dell'Esecutivo è illustrata sotto forma di motivazioni alle decisioni governative e in altri tre (BE, FR e JU) esistono rapporti sul tema della povertà. Nel Cantone di Lucerna, dove la competenza spetta ai Comuni, a livello cantonale vi sono soltanto linee direttive per l'infanzia e la gioventù.

Negli ultimi dieci anni 15 Cantoni hanno elaborato basi concettuali o studi rilevanti per l'ambito della povertà delle famiglie e dei bambini. Questi documenti riguardano le famiglie e la politica familiare, la povertà in senso lato, le PC per le famiglie, prestazioni sociali specifiche oppure la politica sociale nel suo complesso e la situazione sociale. Sono stati inoltre menzionati rapporti su temi specifici quali il sostegno alla prima infanzia o la politica dell'infanzia e della gioventù.

Quattro Cantoni partecipanti (OW, NW, GL e SH) non hanno segnalato né strategie né basi concettuali o studi elaborati negli ultimi dieci anni sulla povertà delle famiglie e dei bambini. In due di questi Cantoni si è adottata come motivazione una scarsa impellenza del problema, un Cantone ha indicato di disporre già di un numero sufficiente di soluzioni e un altro sta elaborando una strategia contro la povertà.

PC per le famiglie

Quattro Cantoni (GE, SO, TI e VD) versano PC alle famiglie. Altri due Cantoni dispongono di ulteriori aiuti alle famiglie, a monte dell'aiuto sociale; questi sono considerati un'alternativa alle PC per le famiglie, ma non corrispondono al sistema delle PC. Nei Cantoni di Ginevra e Soletta le PC per le famiglie non sono state modificate in punti importanti dalla loro introduzione, mentre nei Cantoni di Ticino e Vaud vi sono stati adeguamenti a più riprese.

In tutti e quattro i Cantoni le PC per le famiglie sono state oggetto di valutazioni. Nel complesso è emerso che tali prestazioni possono ridurre la povertà delle famiglie e migliorare la situazione delle famiglie che ne beneficiano. A seconda dell'impostazione delle prestazioni, tuttavia, possono prodursi anche effetti indesiderati, quali effetti soglia, disincentivi al lavoro, copertura insufficiente del fabbisogno finanziario delle famiglie e problemi dovuti a un elevato numero di cambiamenti. Inoltre, una parte delle famiglie si ritrova a dipendere dall'aiuto sociale non appena i figli hanno raggiunto il limite d'età superiore previsto per la concessione delle prestazioni. Dal punto di vista dei Cantoni, gli obiettivi delle PC per le famiglie sono stati prevalentemente raggiunti, in particolare la riduzione della povertà delle famiglie e dei bambini e lo sgravio dell'aiuto sociale. Nel Cantone di Soletta i due ulteriori obiettivi di un'efficace incentivazione al lavoro e della promozione dell'indipendenza economica sono stati raggiunti solo parzialmente. Nel Cantone di Vaud l'obiettivo della promozione della conciliabilità tra famiglia e lavoro tramite l'integrazione delle spese di custodia nel sistema delle PC per le famiglie è stato raggiunto solo parzialmente. Negli ultimi anni, inoltre, i Cantoni di Vaud e Ticino hanno puntato in misura crescente sulla consulenza e sul coaching delle famiglie beneficiarie di PC.

Praticamente in tutti i Cantoni che non accordano PC per le famiglie sono in corso o sono state attuate iniziative per introdurre tali prestazioni. In otto Cantoni (AG, AI, BL, FR, NE, SG, SH e ZH) sono in corso iniziative per introdurre PC per le famiglie o valutarne l'introduzione. In quattro di questi Cantoni (AG, SG, SH e ZH) sono stati depositati interventi parlamentari, attualmente in fase di trattamento. In un Cantone (FR) si sta già elaborando un modello per l'introduzione di PC per le famiglie. In un altro (BL) è prevista un'alternativa a tali prestazioni con il versamento di contributi per le pigioni. In un altro Cantone (NE), gli interventi parlamentari sono ancora pendenti. Negli ultimi dieci anni ulteriori cinque Cantoni (BE, GR, JU, VS e ZG) hanno valutato l'introduzione di PC per le famiglie, ma questa è stata respinta o non è riuscita per altri motivi. Nei rimanenti quattro Cantoni partecipanti (LU, NW, OW e UR) le PC per le famiglie non sono mai state oggetto di dibattito negli ultimi dieci anni.

La **posizione dei governi cantonali** rispetto alle PC per le famiglie è positiva, oltre che nei Cantoni che dispongono già di tali prestazioni, anche in tre Cantoni (AI, SH e FR) che ne stanno valutando l'introduzione. In due Cantoni (SG e ZH) il Governo intende dapprima creare basi di dati per decidere, mentre in otto (BE, BL, BS, GR, JU, LU⁶, NE e ZG) il Governo respinge le PC per le famiglie. La posizione governativa degli altri Cantoni (AG, VS, NW, OW e UR) non è nota.

Ulteriori misure e aiuti alle famiglie

Oltre alle PC per le famiglie, i Cantoni hanno indicato ulteriori misure per contrastare la povertà delle famiglie e dei bambini. Spesso si tratta di misure esistenti ovunque, quali deduzioni fiscali, riduzioni dei premi dell'assicurazione malattie, anticipazione degli alimenti o sovvenzionamento di strutture per la custodia di bambini. In qualche caso sono stati menzionati anche altri aiuti alle famiglie, ma non in tutti i Cantoni che dispongono di tali prestazioni. Le indicazioni sono pertanto state completate con l'inventario dell'aiuto sociale in senso lato. Si tratta perlopiù di contributi per il periodo successivo alla nascita di un figlio, che vengono designati come assegni di maternità, assegni parentali, prestazioni per perdita di guadagno per genitori con redditi modesti e prestazioni per perdita di guadagno per genitori soli. Inoltre, esistono prestazioni mirate per le famiglie con problemi finanziari, fondi familiari e contributi alle famiglie che si occupano di un figlio con disabilità. Infine, il Cantone di Basilea Città concede alle famiglie contributi per le pigioni, che rientrano tra gli aiuti per l'alloggio.

Aspettative nei confronti della Confederazione

Nel quadro dell'inchiesta è stato chiesto se i Cantoni avessero aspettative in merito a un sostegno della Confederazione nella lotta contro la povertà delle famiglie e dei bambini e alle eventuali modalità di tale sostegno. Otto Cantoni non hanno espresso aspettative in tal senso. Sette hanno indicato che la Confederazione dovrebbe assumere un ruolo nella messa a disposizione di basi di conoscenze. Sei hanno proposto un rafforzamento e/o una revisione dei sistemi di sicurezza sociale a livello federale. Tra questi, il Cantone Ticino ha menzionato esplicitamente l'introduzione di PC per le famiglie a livello federale. Quattro Cantoni hanno indicato la necessità di un impegno della Confederazione nella lotta contro la povertà e altri quattro quella di un sostegno della Confederazione in altri ambiti politici specifici.

Considerazioni finali e conclusione

I quasi 80 000 minorenni beneficiari dell'aiuto sociale (esclusi i settori dell'asilo e dei rifugiati) e la loro quota di aiuto sociale più elevata rispetto a quella della popolazione complessiva non mostrano

⁶ Nel Cantone di Lucerna le PC per le famiglie non sono state trattate a livello politico. Tuttavia, dalle indicazioni fornite nel quadro dell'inchiesta è emerso che per la copertura del fabbisogno vitale si pone l'accento sull'ottimizzazione delle prestazioni esistenti e non sull'introduzione di nuove prestazioni quali le PC per le famiglie.

soltanto la rilevanza del tema. Dalla statistica dei beneficiari dell'aiuto sociale emergono anche grandi differenze tra i Cantoni. La metà di tutti i minorenni beneficiari dell'aiuto sociale vive nei Cantoni di Zurigo, Berna, Vaud e Ginevra, ma soltanto nei Cantoni di Berna e Ginevra (insieme con BS e NE) la quota di aiuto sociale dei minorenni è nettamente più elevata di quella della popolazione complessiva. Soltanto in otto Cantoni sono disponibili basi di dati sulla povertà delle famiglie e dei bambini a livello cantonale, al di là della statistica dei beneficiari dell'aiuto sociale.

In circa la metà dei Cantoni la lotta contro la povertà delle famiglie e dei bambini fa parte di una strategia, che non è però dedicata esclusivamente a questo tema. Negli ultimi dieci anni oltre la metà dei Cantoni ha elaborato basi concettuali o studi concernenti la povertà delle famiglie e dei bambini. Questa problematica è dunque presente in molti Cantoni.

Quattro Cantoni accordano PC per le famiglie. Le valutazioni svolte in tutti i Cantoni e il giudizio di questi ultimi circa il raggiungimento degli obiettivi mostrano che la lotta contro la povertà delle famiglie e dei bambini avviene sostanzialmente tramite queste prestazioni, ma con problemi diversi a seconda della loro impostazione.

In 8 dei 17 Cantoni partecipanti che non dispongono né di PC per le famiglie né di una soluzione sostitutiva sotto forma di aiuti alle famiglie sono in corso iniziative per introdurre PC per le famiglie o valutarne l'introduzione. In cinque Cantoni tali iniziative sono fallite negli ultimi dieci anni. Quasi sempre le iniziative sono state respinte per motivi di politica finanziaria; alcuni Cantoni hanno addotto come argomenti contro le PC per le famiglie disincentivi al lavoro, il problema dell'equità nei confronti delle economie domestiche senza figli minorenni con difficoltà finanziarie, la preferenza per miglioramenti preventivi (come misure d'integrazione e formazione, misure per la conciliabilità tra famiglia e lavoro) nonché la scelta di alternative (aumento delle riduzioni dei premi dell'assicurazione malattie).

Tra le ulteriori misure di lotta contro la povertà delle famiglie e dei bambini i Cantoni hanno menzionato prestazioni esistenti in tutti o moltissimi Cantoni, quali le riduzioni dei premi dell'assicurazione malattie, il sovvenzionamento di strutture per la custodia di bambini o l'anticipazione degli alimenti, come pure altri aiuti alle famiglie. In casi sporadici sono state indicate anche misure di promozione preventive.

La maggioranza dei Cantoni partecipanti ha formulato aspettative in merito a un sostegno della Confederazione nella lotta contro la povertà delle famiglie e dei bambini e alle modalità di tale sostegno. Concretamente, è stata indicata la necessità della messa a disposizione di basi di conoscenze, di un rafforzamento dei sistemi di sicurezza sociale a livello federale, di un maggiore impegno della Confederazione nella lotta contro la povertà e di un sostegno della Confederazione in altri ambiti politici specifici.

Il tema della povertà delle famiglie e dei bambini nei settori dell'asilo e dei rifugiati non era oggetto dell'inchiesta (e dell'analisi dei risultati), poiché questa era incentrata sulle PC per le famiglie, che di regola non sono accessibili alle famiglie dei settori summenzionati. Le famiglie nei settori dell'asilo e dei rifugiati sono tuttavia rilevanti per il fenomeno della povertà dei bambini.

1 Ausgangslage, Fragestellungen und Datengrundlagen

Die parlamentarische Initiative Piller Carrard (Pa. Iv. 20.454) «Kinderarmut bekämpfen» vom 19. Juni 2020 fordert, dass der Bund eine gesetzliche Grundlage für Massnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut in der Form von finanzieller Unterstützung für Familien schafft. Die Grundlage sollen bestehende kantonale Modelle bilden. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) befasst sich derzeit mit dem Vorstoss und hat die Bundesverwaltung damit beauftragt, Informationen über Kinderarmut und die Strategien der Kantone zu deren Verhinderung und Bekämpfung bereitzustellen. Einige Kantone kennen spezifische bedarfsabhängige Leistungen für Familien. In der Regel handelt es sich um Familienbeihilfen, zu denen auch Familien-Ergänzungsleistungen zählen. Letztere charakterisiert, dass sie nach dem Modell der Ergänzungsleistungen zu AHV/IV aufgebaut sind. Weiter bestehen teilweise auch Wohnbeihilfen, die sich spezifisch an Familien richten. Die Kommission interessiert sich insbesondere für die Erfahrungen der Kantone, die Familien-EL eingeführt haben, sowie für die Haltung anderer Kantone zu derartigen Massnahmen.

Um die entsprechenden Informationen zu sammeln, hat das BSV in Absprache mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) im Frühjahr 2022 eine Online-Umfrage bei den Verantwortlichen der kantonalen Sozialämter durchgeführt. Das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) wertet die Befragung aus.

Mit der Befragung und den entsprechenden Auswertungen sollen die folgenden Leitfragen bearbeitet werden:

- 1) Wie viele Kinder sind in den einzelnen Kantonen von Armut betroffen?
- 2) Verfügen die Kantone über eine Strategie oder Politik zur Bekämpfung der Kinderarmut?
- 3) Vier Kantone (Genf, Tessin, Waadt und Solothurn) haben ein Modell mit Ergänzungsleistungen für Familien gewählt. Wie stehen die anderen Kantone zu einem solchen Modell?
- 4) Inwiefern könnte der Bund die Kantone bei der Bekämpfung der Kinderarmut unterstützen?

Von 23 Kantonen⁷ liegen Antworten vor. Der Auswertungsbericht beruht auf den Selbstauskünften der Kantone.

2 Zuständigkeiten

Kinder- und Familienarmut ist ein Thema, das mit verschiedenen Aspekten der Sozial- und Gesellschaftspolitik verknüpft ist und deshalb auch von verschiedenen Seiten angegangen werden kann. **Tabelle 1** zeigt, welche kantonalen Stellen für die Vermeidung und Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut gemäss der Befragung zuständig sind. Bei der Mehrheit der Kantone liegt die Zuständigkeit bei einer einzelnen Stelle, die im Bereich des Sozialen angesiedelt ist - ein Sozialdienst oder ein Sozialamt. In einigen Kantonen werden mehrere Stellen angegeben, welche sich mit dem Thema Familienarmut befassen. Dabei handelt es sich neben Stellen aus dem Bereich Soziales um Stellen aus den Bereichen Erziehung & Bildung, Arbeit und Wirtschaft. Zwei Kantone nennen zudem die Ausgleichskassen. Wieweit unter diesen Stellen eine Koordination erfolgt, und wer den Lead übernimmt, geht aus den Antworten nicht hervor. In einem Kanton liegt die Zuständigkeit vollständig bei den Gemeinden.

⁷ AG, AI, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH. Von AR, SZ und TG liegen keine Antworten vor.

Tabelle 1: Für das Thema Familien- und Kinderarmut zuständige Verwaltungsstellen

Kanton	Verwaltungsstelle	Bereich (Amt/Direktion)
AG	Kantonaler Sozialdienst	Departement Gesundheit und Soziales
AI	Sozialamt	Gesundheits- und Sozialdepartement
BE	Abteilung Sozialhilfe	Amt für Integration und Soziales, Gesundheits- Sozial- und Integrationsdirektion
BL	Kantonales Sozialamt	Finanz- und Kirchendirektion
	Fachbereich Familien	Sicherheitsdirektion
BS	Amt für Sozialbeiträge des Kantons Basel-Stadt	Departement für Wirtschaft, Soziales, und Umwelt des Kantons Basel-Stadt
	Sozialhilfe des Kantons Basel-Stadt	
	Bereich Jugend, Familie und Sport des Kantons Basel-Stadt	Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt
	Bereich Mittelschulen und Berufsbildung des Kantons Basel-Stadt	
FR	Service de l'action sociale	Direction de la santé et des affaires sociales
	Service de l'enfance et de la jeunesse	
GE	Office de l'action, de l'insertion et de l'intégration sociales (OAS)	Département de la cohésion sociale
	Service des prestations complémentaires (rattaché à l'OAS)	
	Hospice général	
GL	Abteilung Soziale Dienste	Hauptabteilung Soziales
GR	Sozialamt Graubünden	Departement für Volkswirtschaft und Soziales
JU	Service de l'action sociale	Département de l'intérieur
LU	Auf Gemeindeebene angesiedelt	
NE	Service cantonal de l'action sociale (SASO)	Département de l'emploi et de la cohésion sociale
NW	Sozialdienst	Gesundheits- und Sozialdirektion, Sozialamt
OW	Sozialamt	Sicherheits- und Justizdepartement
SG	Abteilung Familie und Sozialhilfe	Amt für Soziales, Departement des Inneren
SH (1)	Abteilung Kind Jugend Familie	Dienststelle Sport, Familie und Jugend, Erziehungsdepartement
	Kantonales Sozialamt	Departement des Inneren
	Sozialversicherungsamt Schaffhausen	
SO	Amt für Gesellschaft und Soziales	Departement des Inneren
TI	Istituto delle assicurazioni sociali	Dipartimento della sanità e della socialità (DSS)
	Divisione dell'Azione sociale e delle famiglie	
UR	Amt für Soziales Kanton Uri	Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion
VD	Direction générale de la cohésion sociale	Département de la santé et de l'action sociale (DSAS),
	Direction de l'insertion et des solidarités	Direction générale de la cohésion sociale (DGCS)
	Direction des aides et assurances sociales	
VS	Service de l'action sociale	Département de la santé, affaires sociales et culture
	Office cantonal de l'égalité et de la famille (OCEF)	
	Service cantonal de la jeunesse	Département de la sécurité, institutions et sport
ZG	Kantonales Sozialamt Zug	Direktion des Inneren
ZH	Fachstelle für Integration	Direktion der Justiz und des Innern
	Kantonales Sozialamt	Sicherheitsdirektion
	Amt für Wirtschaft und Arbeit	Volkswirtschaftsdirektion
	Amt für Jugend und Berufsberatung	Bildungsdirektion
	Mittelschul- und Berufsbildungsamt	
	Volksschulamt	
	Netzwerk zur interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ	Amt für Wirtschaft und Arbeit
Sozialversicherungsanstalt		

Anmerkung: ohne AR, SZ, TG. (1) Zuständigkeiten in SH sind nicht explizit geklärt, sie sollen jedoch im Rahmen der kantonalen Armutsstrategie geklärt werden.

Quelle: Befragung der Kantone 2022, Darstellung BASS

In 4 Kantonen (BE, GL, JU, LU) wurden kantonale Stellen, welche sich mit dem Thema Familie befassen, in der Befragung nicht als zuständig für die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut genannt. In BE ist dies die Abteilung Familie und Gesellschaft im Amt für Soziales und Integration, in GL gibt es eine Fachstelle Familie im Departement Bildung und Kultur, in JU im Département de la formation, de la culture et des sports eine Stelle Famille im Bereich Egalité und im Kanton LU, in dem grundsätzlich die Gemeinden zuständig sind, gibt es Gesundheits- und Sozialdepartement, in der Dienststelle Soziales und Gesellschaft den Bereich Kindheit-Jugend-Familie.

3 Zahlen zur Anzahl betroffener Kinder

Ein in allen Kantonen verfügbarer Indikator für die Armutsbetroffenheit von Kindern und Familien ist der Sozialhilfebezug, zu dem Zahlen in der Schweizerischen Sozialhilfestatistik verfügbar sind (Abschnitt 3.1). In einzelnen Kantonen bestehen darüber hinaus weitere kantonale Datenquellen (Abschnitt 3.2).

3.1 Sozialhilfestatistik

Aus der Sozialhilfestatistik wurden die Zahlen zur wirtschaftlichen Sozialhilfe (Sozialhilfe im engeren Sinn) ausgewertet, das heisst die direkte finanzielle Sozialhilfe gemäss kantonalen Sozialhilfegesetzen (Bundesamt für Statistik BFS 2019). Sozialhilfe im Asylbereich, im Flüchtlingsbereich und vorgelegte bedarfsabhängige Sozialleistungen sind in der wirtschaftlichen Sozialhilfe nicht enthalten.

Tabelle 2 zeigt die Anzahl sozialhilfebeziehender Kinder (0-17 Jahren) und das Total aller Altersklassen für das Jahr 2020. Insgesamt bezogen in der Schweiz 2020 fast 80'000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wirtschaftliche Sozialhilfe. Mit 29% sind fast ein Drittel der Sozialhilfebeziehenden Kinder und Jugendliche. Der Anteil schwankt unter den Kantonen zwischen 21% (TI) und 34% (NW, UR).

Tabelle 2: Sozialhilfebeziehende und Sozialhilfequote nach Kantonen 2020

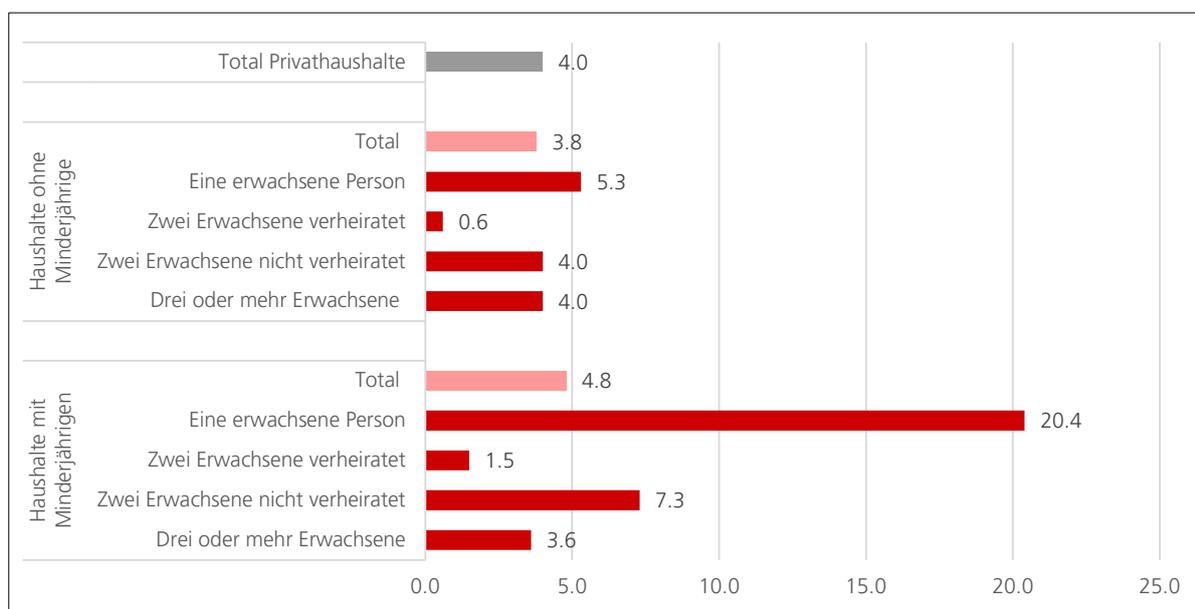
Kanton	Sozialhilfebeziehende			Sozialhilfequote				Verhältnis Sozialhilfequote 0-17 / Total
	Total	0-17 Jahre	Anteil 0-17 / Total	Total	0-17 Jahre	Anteil 0-17 / Total	Verhältnis Sozialhilfequote 0-17 / Total	
AG	13'782	4'061	29%		2.0%		3.2%	1.6
AI	131	39	30%		0.8%		1.3%	1.6
AR	1'299	381	29%		2.3%		3.8%	1.7
BE	41'336	13'296	32%		4.0%		7.5%	1.9
BL	8'221	2'547	31%		2.8%		5.1%	1.8
BS	11'170	2'916	26%		5.7%		9.4%	1.6
FR	7'188	2'200	31%		2.2%		3.4%	1.5
GE	31'871	8'731	27%		6.3%		9.2%	1.5
GL	723	200	28%		1.8%		2.9%	1.6
GR	2'588	821	32%		1.3%		2.6%	2.0
JU	2'516	710	28%		3.4%		5.2%	1.5
LU	9'969	3'026	30%		2.4%		4.0%	1.7
NE	11'954	3'419	29%		6.8%		10.4%	1.5
NW	435	149	34%		1.0%		2.1%	2.1
OW	363	91	25%		1.0%		1.3%	1.3
SG	10'676	3'045	29%		2.1%		3.3%	1.6
SH	2'305	658	29%		2.8%		4.8%	1.7
SO	9'193	2'725	30%		3.3%		5.8%	1.8
SZ	2'341	729	31%		1.5%		2.6%	1.7
TG	3'896	1'068	27%		1.4%		2.1%	1.5
TI	9'310	1'979	21%		2.6%		3.5%	1.3
UR	506	171	34%		1.4%		2.6%	1.9
VD	35'819	10'020	28%		4.4%		6.4%	1.5
VS	6'579	2'177	33%		1.9%		3.6%	1.9
ZG	2'005	590	29%		1.6%		2.5%	1.6
ZH	48'160	14'629	30%		3.1%		5.3%	1.7
Schweiz	272'052	79'782	29%		3.2%		5.2%	1.6

Quelle: Sozialhilfeempfängerstatistik (SHS); Wirtschaftliche Sozialhilfe (WSH), Darstellung und Berechnungen Verhältnis BASS

Die Sozialhilfequote liegt 2020 schweizweit bei der Altersgruppe der 0-17-Jährigen mit 5.2% höher als im Total über alle Sozialhilfebeziehenden (3.2%). Sie ist für Kinder und Jugendliche also 1.6 Mal höher als für die Gesamtbevölkerung. Da die Sozialhilfequoten in den Kantonen sehr unterschiedlich hoch sind, erlaubt diese Verhältniszahl einen einfacheren Vergleich des spezifischen Sozialhilferisikos für Kinder und ihre Familien. Je nach Kanton ist die Sozialhilfequote für Kinder 1.3 Mal (OW) bis 2 Mal (GR, NW) so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Wenn statt Einzelpersonen die Haushalte betrachtet werden, zeigt sich, dass sich die Quote der Haushalte, welche Sozialhilfe beziehen, sehr stark zwischen den verschiedenen Haushaltstypen unterscheidet (**Abbildung 1**). Der Gesamtdurchschnitt über alle Privathaushalte liegt bei 4%. Ausser wenn drei oder mehr Erwachsene in einem Haushalt wohnen, ist die Quote bei allen Haushaltstypen höher, wenn minderjährige Kinder im Haushalt wohnen. Mit Abstand am höchsten ist die Haushaltsquote bei Einelternhaushalten, also einer Erwachsenen Person mit Kindern, die zu über 20% Sozialhilfe beziehen.

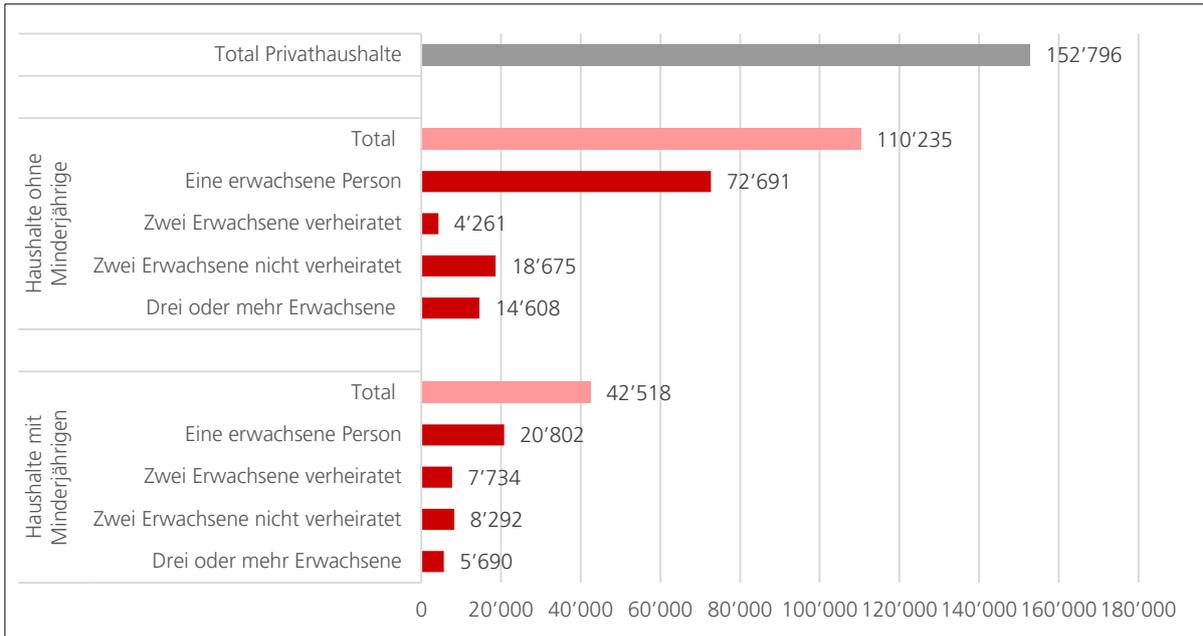
Abbildung 1: Quote der von der wirtschaftlichen Sozialhilfe unterstützten Haushalte nach Haushaltstyp 2020



Quelle: Sozialhilfeempfängerstatistik (SHS); Wirtschaftliche Sozialhilfe (WSH), Darstellung BASS

Wenn die Anzahl der unterstützten Haushalte betrachtet wird (**Abbildung 2**), zeigt sich, dass am häufigsten Alleinlebende ohne Kinder im Haushalt unterstützt werden. Unter den Haushalten mit Kindern machen Einelternhaushalte die Hälfte aller Sozialhilfe beziehender Haushalte aus.

Abbildung 2: Anzahl der von der wirtschaftlichen Sozialhilfe unterstützten Haushalte nach Haushaltstyp 2020



Quelle: Sozialhilfeempfängerstatistik (SHS); Wirtschaftliche Sozialhilfe (WSH), Darstellung BASS

Die Unterschiede nach Kanton sind auch bei den Haushaltsquoten gross (**Tabelle 3**). Sie liegen für Haushalte mit minderjährigen Kindern in den Kantonen AI (1.3%) und OW (1.5%) tief und erreichen in der Kantonen BS (9%), GE (8.9%) und NE (9.6%) Spitzenwerte. In allen Kantonen ausser TG, in dem sich die Quoten genau entsprechen, liegen die Sozialhilfequoten für Haushalte mit Kindern höher als jene von Haushalten ohne Kinder.

Tabelle 3: Quote der von der wirtschaftlichen Sozialhilfe unterstützte Haushalte nach Kanton und Haushaltstyp (Vergleich Haushalte mit und ohne Minderjährige) 2020

Kanton	Quote der Haushalte mit Sozialhilfebezug			Verhältnis Quote Haushalte mit/ohne Minderjährige
	Total Privathaushalte	Total Haushalte ohne Minderjährige	Total Haushalte mit Minderjährigen	
AG	2.5	2.4%	3.0%	1.3
AI	1.2	1.1%	1.3%	1.2
AR	3.1	3.0%	3.7%	1.2
BE	4.8	4.3%	6.8%	1.6
BL	3.5	3.1%	4.9%	1.6
BS	6.8	6.3%	9.0%	1.4
FR	2.9	2.7%	3.3%	1.2
GE	8.8	8.7%	8.9%	1.0
GL	2.4	2.3%	2.9%	1.3
GR	1.6	1.4%	2.3%	1.6
JU	4.4	4.2%	4.9%	1.2
LU	2.9	2.6%	3.8%	1.5
NE	8.3	7.9%	9.6%	1.2
NW	1.0	0.8%	1.9%	2.4
OW	1.4	1.3%	1.5%	1.2
SG	2.7	2.6%	3.1%	1.2
SH	3.5	3.3%	4.3%	1.3
SO	4.3	4.1%	4.9%	1.2
SZ	1.7	1.5%	2.5%	1.7
TG	1.9	1.9%	1.9%	1.0
TI	3.7	3.6%	3.8%	1.1
UR	1.8	1.6%	2.5%	1.6
VD	6.0	6.0%	6.2%	1.0
VS	2.2	2.0%	3.0%	1.5
ZG	2.0	1.9%	2.4%	1.3
ZH	3.8	3.5%	4.6%	1.3
Schweiz	4.0	3.8%	4.8%	1.3

Quelle: Sozialhilfeempfängerstatistik (SHS); Wirtschaftliche Sozialhilfe (WSH), Darstellung und Berechnungen Verhältnis BASS

In Abbildung 1 wurde bereits ersichtlich, dass Einelternerhaushalte mit Abstand am häufigsten Sozialhilfe beziehen. Die **Tabelle 4** zeigt die Quote der Einelternerhaushalte für die einzelnen Kantone und vergleicht sie mit den Haushalten ohne Minderjährige und dem Total aller Haushalte. Dabei zeigen sich sehr grosse kantonale Unterschiede. In fünf Kantonen (BE, NE, GE, BS, SO) liegt die Quote der Einelternerhaushalte mit Sozialhilfebezug bei über 25%. In weiteren 6 Kantonen (VD, LU, BL, SH, AR, ZH) liegt die Quote bei 20% oder knapp darüber. Nur in wenigen Kantonen liegt die Quote unter 10% (OW, AI).

Im Vergleich zu Haushalten ohne Minderjährige, welche Sozialhilfe beziehen, ist die Quote der Einelternerhaushalte gesamtschweizerisch mehr als fünfmal höher. Einelternerhaushalte sind damit auch um ein Vielfaches häufiger armutsbetroffen als Haushalte mit minderjährigen Kindern insgesamt. Die Unterschiede zwischen den Kantonen sind aber auch hier erheblich. In NW sind Einelternerhaushalte 14.4mal häufiger in der Sozialhilfe als Haushalte ohne minderjährige Kinder, in den Kantonen UR und SZ 10mal so oft. Unter den 4 Kantonen mit den geringsten Unterschieden zwischen den Haushaltstypen sind drei, welche Familienergänzungsleistungen kennen: GE (3.1), TI (3.6) und VD (3.6).

Aber auch in NE (3.5) ist die Differenz unterdurchschnittlich. Dagegen liegt SO (6.2) trotz Familien-EL über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt.

Tabelle 4: Quote der von der wirtschaftlichen Sozialhilfe unterstützte Haushalte nach Kanton und Haushaltstyp (Vergleich Einelternhaushalte) 2020

Kanton	Quote der Haushalte mit Sozialhilfebezug			Verhältnis Quote Haushalte ohne Minderjährige / Einelternhaushalte
	Total Privathaushalte	Total Haushalte ohne Minderjährige	Einelternhaushalte	
AG	2.5	2.4%	16.2%	6.8
AI	1.2	1.1%	9.9%	9.0
AR	3.1	3.0%	20.3%	6.8
BE	4.8	4.3%	28.4%	6.6
BL	3.5	3.1%	20.9%	6.7
BS	6.8	6.3%	26.7%	4.2
FR	2.9	2.7%	14.9%	5.5
GE	8.8	8.7%	26.9%	3.1
GL	2.4	2.3%	15.3%	6.7
GR	1.6	1.4%	13.5%	9.6
JU	4.4	4.2%	17.9%	4.3
LU	2.9	2.6%	21.1%	8.1
NE	8.3	7.9%	27.7%	3.5
NW	1.0	0.8%	11.5%	14.4
OW	1.4	1.3%	5.9%	4.5
SG	2.7	2.6%	16.4%	6.3
SH	3.5	3.3%	20.8%	6.3
SO	4.3	4.1%	25.5%	6.2
SZ	1.7	1.5%	15.5%	10.3
TG	1.9	1.9%	11.4%	6.0
TI	3.7	3.6%	13.1%	3.6
UR	1.8	1.6%	16.7%	10.4
VD	6.0	6.0%	21.3%	3.6
VS	2.2	2.0%	13.5%	6.8
ZG	2.0	1.9%	14.3%	7.5
ZH	3.8	3.5%	20.0%	5.7
Schweiz	4.0	3.8%	20.4%	5.4

Quelle: Sozialhilfeempfängerstatistik (SHS); Wirtschaftliche Sozialhilfe (WSH), Darstellung und Berechnungen Verhältnis BASS

3.2 Weitere kantonale Datenquellen

Neben der Schweizerischen Sozialhilfestatistik sind in einigen Kantonen weitere Zahlen verfügbar, die Aufschluss darüber geben können, wie viele Kinder von Armut betroffen sind. 8 Kantone (BS, FR, GE, JU, LU, NE, VD, VS) haben angegeben, dass weitere Zahlen verfügbar sind, in 15 Kantonen⁸ ist dies derzeit nicht der Fall. Der Kanton ZH ist jedoch aktuell daran, eine verbesserte Datenbasis zu erarbeiten.⁹ **Tabelle 5** zeigt die Art der weiteren Datenquellen. Oftmals handelt es sich dabei um (einmalige) Berichte und Studien wie Sozialberichte, für die verschiedene Datenquellen ausgewertet

⁸ AG, AI, BE, BL, GL, GR, NW, OW, SG, SH, SO, TI, UR, ZG, ZH

⁹ Ab Herbst 2022 wird das Statistische Amt des Kantons Zürich mit Datensatzverknüpfungen mehr nutzbare Zahlen generieren können, die Aussagen, welche über die Sozialhilfestatistik hinausgehen, ermöglichen.

werden. In LU und VD gibt es jedoch auch Datensätze, welche anonymisierte Individualdaten aus verschiedenen Datenquellen des Kantons verknüpfen. Die weiteren Zahlen, welche in den Kantonen vorhanden sind, bzw. in den Berichten ausgewertet wurden, stützen sich meist auf Steuerdaten und/oder Daten zum Bezug von Sozialleistungen.

Tabelle 5: Weitere statistische Angaben der Kantone über Kinder, die von Armut betroffen sind

Kanton	Dokument/Statistik	Zeitraum	Datengrundlage
BS	Sozialberichterstattung	seit 2011, jährlich	Amt für Sozialbeiträge (ASB), Daten zu Familienmietzinsbeiträgen; Basler Informationssystems Sozialleistungen (BISS)
FR	Bericht über die soziale Situation und die Armut im Kanton Freiburg	2016 (Daten aus 2011)	Steuerdaten, verknüpft mit Daten der Einwohnerkontrolle und Daten der Sozialhilfe, Ausbildungsbeiträgen und Ergänzungsleistungen AHV/IV
GE	Analyse des inégalités dans le canton de Genève dans le cadre de la Politique de cohésion sociale en milieu urbain	2020	Données de l'Administration fiscale cantonale, données de Service de la recherche en éducation (SRED)
JU	Sozialbericht	2022 (Daten aus 2017)	Steuerdaten
LU	Statistik zur finanziellen Lage der Luzerner Haushalte	Seit 2010	Statistik zur finanziellen Situation der Haushalte (FinSit); Anonymisierte Individualdaten aus verschiedenen Datenquellen
NE	Rapport social NE 2019	2020 (seit 2015 alle 2 Jahre)	Verschiedene Referenzdaten; u.A. Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP), Haushaltsbudgeterhebung (HABE), Service de statistique Canton de Neuchâtel, Daten zum Bezug verschiedener Sozialleistungen im Kanton
VD	Base de données socioéconomique vaudoise (BDSEV)	seit 2012	Anonymisierte Individualdaten aus verschiedenen Datenquellen
	Données recueillies par la Direction générale de la cohésion sociale DGCS		Données sur les régimes sociaux vaudois de sa compétence
	Brochure statistique sur les familles vaudoises	2016	Verschiedene Referenzdaten
VS	Observatoire cantonal de la jeunesse 2015	2015	Taux de pauvreté et part de la population OFS, rapport statistique de 2008 sur les familles en Suisse OFS, statistiques de l'aide sociale OFS, réduction individuelle des primes d'assurance maladie (RIP) de la caisse cantonale de compensation (CCC)
	Rapport sur la situation sociale dans le canton du Valais (2020)	2020	Strukturerhebung (SE), Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP), Informationen der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit des Kantons Wallis (DIHA), Datenbanken des Bundes (Statistik der EL AHV/IV des BSV, Schweizerische Sozialhilfeempfängerstatistik) und des Kantons (Ausgleichskasse für die individuellen Prämienverbilligungen, Verwaltungs- und Rechtsdienst für Bildungsangelegenheiten für die Ausbildungsbeiträge)
	Rapport sur la situation des familles (2018)	2018	Strukturerhebung (SE), Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (BEVNAT), Steuerdaten, Schweizerische Sozialhilfeempfängerstatistik

Quelle: Ohne AR, SZ, TG. Befragung der Kantone 2022, Darstellung BASS

In den Kantonen BS und LU (und in Zukunft auch in den Kantonen VD und ZH) kann aufgrund der kantonseigenen Daten die Entwicklung der Armutssituation über Zeit untersucht werden. In BS bestand zwischen 2011 und 2017 ein kontinuierlicher Anstieg der Anzahl mit Familienmietzinsbeiträgen unterstützter Haushalte, der sich bis 2020 abgeflacht fortsetzt. In LU ist die Armutsquote der Kinder und Jugendlichen (0-17 Jahre) seit 2010 annähernd konstant. In der VD wurden die Daten «Base de données socioéconomique vaudoise (BDSEV)» für die Erstellung des kantonalen Sozialbericht 2017 verwendet und es ist geplant im nächsten Sozialbericht 2024 die gleiche Datenbasis wieder zu verwenden. In NE wird seit 2015 alle zwei Jahre ein Sozialbericht erstellt, daraus lässt sich ebenfalls eine Entwicklung der Armutssituation beobachten. Zwischen 2010 (Bericht 2015) und 2017 (Bericht 2019) ist das Armutsrisiko insgesamt und auch bei Kindern und Jugendlichen gestiegen. Der nächste Bericht wird im Herbst 2022 veröffentlicht.

4 Kantonale Strategien und Massnahmen gegen Kinder- und Familienarmut

4.1 Strategische Grundlagen zur Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut

Von den 23 antwortenden Kantonen verfügt keiner über eine schriftlich festgehaltene, eigenständige Strategie zur Bekämpfung von Familien- bzw. Kinderarmut. In 13 Kantonen (AG, AI, BE, BL, BS, FR, GE, JU, LU, SO, VD, VS, ZH) ist die Bekämpfung von Familien- bzw. Kinderarmut jedoch Teil einer umfassenderen Strategie (z.B. Strategie zur Armutsbekämpfung, Sozialplanung, vgl. **Tabelle 6**). In BL, GE, SO und VD ist die Bekämpfung von Familien- bzw. Kinderarmut in einer ausformulierten Strategie zur Verhinderung von Armut im Allgemeinen festgehalten. In AI, AG und VS wird die Verankerung im Regierungsprogramm genannt. Im AG sind die Massnahmen darüber hinaus in der kantonalen Sozialplanung verankert, die vom Grossen Rat verabschiedet wurde. In BS und ZH werden die Absichten der Regierung in der Form von Begründungen zu Regierungsbeschlüssen aufgezeigt. In weiteren 3 Kantonen (BE, FR, JU) gibt es Armuts-, bzw. Sozialberichte. In LU, wo die Gemeinden zuständig sind, besteht auf Ebene des Kantons ein Leitbild. 10 Kantone (GL, GR, NE, NW, OW, SG, SH, TI, UR, ZG) verfügen über keinerlei schriftlich festgehaltene Strategie zur Thematik.

Tabelle 6: Schriftlich festgehaltene Strategie zur Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut

Kanton	Grundlage	Autoren-/Herausgeberschaft	In Kraft seit
AG	Sozialplanung des Kantons Aargau	Departement Gesundheit und Soziales des Kantons Aargau	2015
AI	Perspektiven 2022-2025	Standeskommission	2021
BL	Strategie zu Verhinderung und Bekämpfung von Armut im Kanton Basel-Landschaft	Fachhochschule Nordwestschweiz, im Auftrag des Regierungsrates Basel Landschaft	2020
BE	Sozialbericht 2015 - Bekämpfung der Armut im Kanton Bern	Bericht des Regierungsrates	2015
BS	Regierungsratsbeschluss vom 16. April 2019. Schriftliche Anfrage von Oliver Bolliger betreffend «Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien (FamEL)»	Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt	17.04.2019
FR	Rapport sur la situation sociale et la pauvreté dans le canton de Fribourg, 2016	Service de l'action sociale (SASoc)	2016
	Plan d'action «Je participe!» 2018-2021	Direction de la santé et des affaires sociales (DSAS)	2017
GE	Un plan d'action contre la précarité à Genève	Département de la cohésion sociale	Februar 2021
JU	Rapport Social 2021. Ampleur et évolution de la pauvreté dans le Canton de Jura	Service de l'action sociale	Februar 2022
LU	Kinder- und Jugendleitbild Kanton Luzern	Gesundheits- und Sozialdepartement, Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG)	2014
SO	Armutsbekämpfung und -prävention	Amt für Gesundheit und Soziales	In Arbeit
	Integrales Integrationsmodell	Kanton Solothurn	Oktober 2020
VD	Exposé des motifs sur la stratégie cantonale de lutte contre la pauvreté	Conseil d'État vaudois et Grand Conseil vaudois	April 2010
	Loi sur les prestations complémentaires cantonales pour familles et les prestations cantonales de la rente-pont (LPCFam)	Grand Conseil du Canton de Vaud	23.11.2010
VS	Programme Gouvernemental 2021-2025	Chancellerie d'Etat	Februar 2022
ZH	Regierungsratsbeschluss Nr. 3811190/202018. Bericht Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 381/2018 betreffend Bekämpfung von Kinderarmut im Kanton Zürich	Regierungsrat	02.12.2020
	Regierungsratsbeschluss Nr. 1164/2020. Antwort auf Anfrage KR-Nr. 413/2020 betreffend Armutsmonitoring Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich	Regierungsrat	02.12.2020

Quelle: Ohne AR, SZ, TG. Befragung der Kantone 2022, Darstellung BASS

■ In **AG** wird in der Sozialplanung Armut und insbesondere Familienarmut 2015 thematisiert. Die Prüfung von Familien-EL wurde als Massnahme definiert.

■ In **AI** werden Familien in den kantonalen Perspektiven 2022-2025 angesprochen, aber nicht direkt in Bezug auf Armut. Vorgesehen ist die Umsetzung von Massnahmen aus dem Familienbericht. Ein Bericht zur kantonalen Familienpolitik mit Fokus auf möglichen Massnahmen für eine verstärkte Positionierung des Kantons als attraktiver Lebensraum für Familien wird laut den Perspektiven 2022-2025 demnächst erscheinen. Der Massnahmenplan zu den kantonalen Perspektiven ist in Arbeit.

■ Mit der Strategie zu Verhinderung und Bekämpfung von Armut im Kanton Basel-Landschaft verfügt **BL** über eine strategische Grundlage, welche sich direkt mit Armut befasst. In allen definierten Handlungsfeldern (Bildungschancen, Erwerbsintegration, Wohnversorgung, Gesellschaftliche Teilhabe und Alltagsbewältigung, soziale Existenzsicherung) wurden zu prüfende Massnahmen festgelegt, welche auch Kinder- und Familienarmut betreffen. Es geht unter anderem um die Intensivierung von Massnahmen im Bereich der Frühen Förderung, den Ausbau der schulergänzenden Kinderbetreuung, die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit einer qualitativ hochwertigen familienergänzenden Kinderbetreuung sowie den Ausbau von Mietzinsbeiträgen zugunsten von armutsbetroffenen Familien.

■ Im Kanton **BS** wurde die Strategie des Kantons in Bezug auf Kinder- und Familienarmut in mehreren Berichten dargelegt und angepasst. In der Antwort der Regierung auf die schriftliche Anfrage von Grossrat Oliver Bolliger betreffend «Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien (FamEL)» werden die aktuellen Leistungen aufgezeigt und auch zukünftige Entwicklungen angesprochen. Der Fokus soll auf der Weiterentwicklung des bestehenden Systems liegen anstelle der Einführung einer kantonalen Familien-EL.

■ Im Kanton **FR** wird in jeder Legislaturperiode ein Bericht über die soziale Lage und Armut verfasst. Zudem gibt es im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik einen Aktionsplan, in dessen Rahmen aktuell ein Konzept für die Frühförderung ausgearbeitet wird.

■ **GE** verfügt mit dem Plan d'action contre la précarité über eine strategische Grundlage, die sich direkt auf die Armut bezieht. Der Kanton sieht darin vor, die Unterstützung von Familien zu verstärken.

■ Im Sozialbericht des Kantons **JU** wurden Handlungsschwerpunkte festgelegt. Dass Einelternhaushalte verstärkt von prekären Situationen betroffen sind, wird aufgegriffen, Familien- und Kinderarmut jedoch ansonsten nicht explizit thematisiert.

■ Im Kanton **LU** liegt ein Kinder- und Jugendleitbild vor, welches den Zugang zu Angeboten für alle Familien, Kinder und Jugendliche sicherstellen will. Daraus leitet der Kanton die Finanzierbarkeit des Zuganges ab. In LU sind jedoch grundsätzlich die Gemeinden zuständig für Kinder- und Familienarmut. Der kantonalen Kontaktperson sind keine kommunalen Strategien in Bezug auf Kinder- und Familienarmut bekannt.

■ In **SO** ist eine Grundlage zur Armutsbekämpfung und -prävention in Arbeit. Die Massnahmen richten sich dabei unter anderem an Einelternhaushalte. Zusätzlich gibt es im integralen Integrationsmodell Massnahmen wie Sprachförderung sowie Bildungs- und Arbeitsintegration, welche Kinder- und Familienarmut indirekt mitbetreffen.

■ Mit der kantonalen Strategie zur Bekämpfung der Armut von 2010 hat der Kanton **VD** ganz auf Familien-EL gesetzt.

■ In **VS** wird im Regierungsprogramm 2021-2025 als Massnahme festgehalten, dass die Familienpolitik gestärkt werden soll mit Fokus auf Haushalte in bescheidenen Verhältnissen.

■ Der Kanton **ZH** legt in einem Bericht und in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage das aktuelle Vorgehen und die Massnahmen des Kantons im Bereich Kinderarmut und Armutsmonitoring dar. Aktuell ist ein Bericht über Grundlagen zur finanziellen Situation der Zürcher Familienhaushalte in Arbeit.

4.2 Studien und konzeptionelle Grundlagen

13 Kantone (BE, BL, BS, FR, GE, GR, NE, SG, SO, TI, VD, ZG, ZH) haben angegeben, dass in den letzten 10 Jahren konzeptionelle Grundlagen erarbeitet oder Studien durchgeführt wurden, die mit der Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut in Zusammenhang stehen (vgl. **Tabelle 7**).

Tabelle 7: Konzeptionelle Grundlagen und Studien der Kantone im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut

	Grundlage	Autoren-/Herausgeberschaft	Jahr
BE	Familienbericht 2021	Kanton Bern	2021
BL	Strategie zur Verhinderung und Bekämpfung von Armut im Kanton Basel-Landschaft (Armutsstrategie)	Jörg Dittmann und Tobias Bischoff, im Auftrag des Regierungsrates Basel-Landschaft	2020
	Armutsbericht 2019 Kanton Basel-Landschaft	Jörg Dittmann und Tobias Bischoff, im Auftrag des Regierungsrates Basel-Landschaft	2020
	Armutsbericht 2014 Kanton Basel-Landschaft	Jörg Dittmann und Tobias Bischoff, im Auftrag des Regierungsrates Basel-Landschaft	2015
	Familienbericht Basel-Landschaft 2020	Katrin Bartels und Thomas Nigl, im Auftrag der Sicherheitsdirektion Basel-Landschaft	2020
BS	Regierungsratsbeschluss vom 16. Oktober 2007, Ratsschlag und Entwurf (07.1592.01)	Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt	2007
FR	Rapport sur la situation sociale et la pauvreté dans le canton de Fribourg, 2016	Service de l'action sociale (SASoc)	2016
GE	Evaluation de la loi sur les prestations complémentaires cantonales pour familles (LPCC, art. 36B et suivants)	Tanja Guggenbühl, Aurélien Abrassart et Philipp Dubach, sur mandat de la Direction générale de l'action sociale (DGAS)	2017
GR	Bestandsaufnahme, Bedarfsanalyse und Massnahmenempfehlungen zur Kinder- und Jugendpolitik in Graubünden	Heidi Stutz und Caroline Heusser, im Auftrag des Departements für Volkswirtschaft und Soziales des Kantons Graubünden	2021
	Strategie Frühe Förderung im Kanton Graubünden 2022 – 2025	Martin Müller und Maren Zeller, Herausgeber Kanton Graubünden	2022
NE	Foyers monoparentaux bénéficiaires de l'aide sociale économique dans le canton de Neuchâtel en 2016 : profil et parcours	Ornella Larenza, sur mandat de l'Office de la politique familiale et de l'égalité du canton de Neuchâtel	2019
	Les bénéficiaires de la politique d'accueil extrafamilial, 2003-2020	Université de Neuchâtel, sur mandat du canton et de la ville de Neuchâtel,	2022
SG	Verbesserung der sozialen Sicherung von Familien. Finanzielle Situation der St. Galler Familienhaushalte – Sozialleistungen – Optimierungsmöglichkeiten	Kathrin Bertschy, Philipp Walker und Michael Marti, im Auftrag des Departements des Innern des Kantons St. Gallen	2012
SO	Armutsvermeidung und -bekämpfung im Kanton Solothurn	Yann Bochsler, im Auftrag des Amtes für Soziale Sicherheit (ASO)	2015
	Sozialbericht 2013	Edgar Baumgartner, Roland Baur, Jörg Dittmann und Peter Sommerfeld, im Auftrag des Departements des Inneren des Kantons Solothurn	2013
TI	Bisogni e necessità delle famiglie ticinesi con almeno un bambino fra 0 e 4 anni	Diego Medici, Roberto Stoppa, Susanne Stern e Stephanie Schwab Cammarano, commissionato dalla Divisione dell'azione sociale e delle famiglie, Cantone Ticino	2015
	La politica familiare nel più vasto contesto della politica sociale. Bilanci e prospettive	Spartaco Greppi e Christian Marazzi, commissionato del Dipartimento della sanità e della socialità del Cantone Ticino	2013
VD	Rapport Social Vaudois	Département de la santé et de l'action sociale, Canton de Vaud	2017
	Evaluation des effets de la loi sur les prestations complémentaires cantonales pour les familles et les prestations cantonales de la Rente-pont (LPCFam)	Aurélien Abrassart, Tanja Guggenbühl et Heidi Stutz, sur mandat du Service des assurances sociales et de l'hébergement du canton de Vaud	2015
	Evaluation du dispositif des prestations complémentaires pour familles (PC Familles) du Canton de Vaud pour la période 2015-2019	Abram Pointet, Gaspard Ostrowski et Lucien Scherly, sur mandat de la Direction générale de la cohésion sociale	2022
ZG	Familienbeiträge im Kanton Zug. Studie zur Einführung einkommensabhängiger Familienbeiträge	Olivier Bieri, Christoph Bader und Andreas Balthasar, im Auftrag des kantonalen Sozialamtes	2012
ZH	Sozialbericht Kanton Zürich 2019. Schwerpunkt Kinder, Jugendliche und Familien in der Sozialhilfe	Bundesamt für Statistik, Statistisches Amt Kanton Zürich, Kantonale Sozialamt Zürich	2020

Ohne AR, SZ, TG. Quelle: Befragung der Kantone 2022, Darstellung BASS

2 weitere Kantone (JU, VS) haben entsprechende Dokumente bereits unter den Angaben zur Datenerhebung bzw. den Strategien genannt. 8 antwortende Kantone¹⁰ haben keine Studien und konzeptionelle Grundlagen angegeben.

Die Berichte verfügen über unterschiedliche Schwerpunkte. In 5 Kantonen (BE, BL, NE, SG, TI) bestehen Grundlagen, welche Familien und Familienpolitik inklusive Familienarmut behandeln. In 3 Kantonen beschäftigen sich die Berichte mit Armut im Allgemeinen (BL, FR, SO) und in weiteren 3 Kantonen (GE, VD, ZG) spezifisch mit Familien-EL. In ebenfalls in 3 Kantonen (SO, VD, ZH) analysieren die Berichte die gesamte Sozialpolitik und die soziale Situation der Bevölkerung und in 2 Kantonen (BS, SG) breiter die kantonalen Bedarfsleistungen. Spezifische Berichte und Grundlagen zur frühen Kindheit und Förderung – wie sie in vielen Kantonen bestehen – wurden ebenfalls von 2 Kantonen angegeben (GR, TI). Mit GR hat auch ein Kanton einen Bericht zur Kinder- und Jugendpolitik genannt. Hier dürften weitere Kantone über ähnliche Grundlagen verfügen, ohne sie in den Kontext der Bekämpfung von Kinderarmut zu stellen.

4.3 Kantone ohne Strategien, konzeptionelle Grundlagen oder Studien

4 der antwortenden Kantone (OW, NW, GL, SH) haben keine Strategien, konzeptionelle Grundlagen oder Studien aus den letzten 10 Jahren zu Familien- und Kinderarmut angegeben. Der Kanton OW begründet dies damit, dass die Sozialhilfequote bei Kindern und Jugendlichen in Obwalden tief ist und Massnahmen daher nicht als vordringlich eingestuft werden. Vom Kanton NW wird ebenfalls die tiefe Sozialhilfequote angeführt. Der Kanton GL führt an, dass die wirtschaftliche Sozialhilfe kantonalisiert ist und der Zugang niederschwellig sei. Zudem gebe es einen Familienfonds, über den unkompliziert finanzielle Unterstützung für armutsbetroffene Familien und Kinder gesprochen werde. Im Kanton SH sind die Gründe nicht hinreichend bekannt, der Regierungsrat hat jedoch beschlossen, eine kantonale Armutsstrategie zu entwickeln, in der Familien- und Kinderarmut ein Schwerpunkt bilden soll.

¹⁰ AG, AI, GL, LU, NW, OW, SH, UR

5 Familien-Ergänzungsleistungen

5.1 Familienergänzungsleistungen in den Kantonen

4 Kantone richten Ergänzungsleistungen an Familien aus: Genf, Solothurn, Tessin und Waadt (**Tabelle 8**). Im Kanton Tessin setzen sie sich zusammen aus dem Assegno di prima infanzia im Vorschulalter und dem Assegno integrativo für Familien mit Schulkindern unter 15 Jahren. BS und GL nennen andere spezifische Bedarfsleistungen für Familien, die der Sozialhilfe vorgelagert sind und als Alternativen zu Familien-EL betrachtet werden, jedoch dem System der Ergänzungsleistungen nicht entsprechen. Sie werden in Abschnitt 6 zu weiteren Familienbeihilfen vorgestellt.

Tabelle 8: Kantone mit Familien-Ergänzungsleistungen

	Leistung	Rechtliche Grundlage
GE	Prestations complémentaires pour familles	Loi sur les prestations complémentaires cantonales (LPCC) du 25 octobre 1968; J 4 25 Règlement relatif aux prestations complémentaires familiales (RPCFam) du 27 juin 2012; J 4 25.04
SO	Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien	Sozialgesetz (SG) vom 31. Januar 2007; BGS 831.1 Sozialverordnung (SV) vom 29. Oktober 2007; BGS 831.2
TI	Assegno di prima infanzia Assegno integrativo	Legge sugli assegni di famiglia (LAF) del 18 dicembre 2008; RLTi 856.100 Regolamento sugli assegni di famiglia (Reg.Laf) del 23 giugno 2009; RLTi 856.110 Decreto esecutivo concernente la legge sugli assegni di famiglia (De.Laf) del 12 dicembre 2018; RLTi 856.130 Legge sull'armonizzazione e il coordinamento delle prestazioni sociali (Laps) del 5 giugno 2000; RLTi 870.100 Regolamento sull'armonizzazione e il coordinamento delle prestazioni sociali del 5 giugno 2000 (Reg.Laps) del 17 dicembre 2002; RLTi 870.110 Decreto esecutivo concernente la legge sull'armonizzazione e il coordinamento delle prestazioni sociali (De.Laps) del 12 dicembre 2018; RLTi 870.130
VD	Prestations complémentaires pour familles	Loi sur les prestations complémentaires cantonales pour familles et les prestations cantonales de la rente-pont du 23 novembre 2010 (LPCFam); RSV 850.053 Règlement d'application de la loi du 23 novembre 2010 sur les prestations complémentaires cantonales pour familles et les prestations cantonales de la rente-pont du 17 août 2011 (RLPCFam); RSV 850.053.1

Quelle: Befragung der Kantone 2022 und BFS Inventar der Sozialhilfe im weiteren Sinn (Stand 2021), Darstellung BASS

Die Familien-EL sind in den vier Kantonen verschieden ausgestaltet und erreichen eine sehr unterschiedliche Zahl einkommensschwacher Familien (vgl. **Tabelle 9**). Im Kanton SO liegt die Altersgrenze der Kinder mit 6 Jahren um einiges tiefer als in den anderen drei Kantonen. Eine Erwerbstätigkeit wird in GE und SO vorausgesetzt, es wird jedoch in allen Kantonen ein hypothetisches Einkommen angerechnet und teilweise eine Franchise gewährt, um die Erwerbsanreize aufrechtzuerhalten. Die Kosten der Kinderbetreuung können in allen Kantonen angerechnet werden. Da unterschiedlich viele Familien erreicht werden und die einzelnen Beiträge verschieden hoch sind, wirkt sich dies auf die Gesamtkosten aus. Mit 87 Millionen Franken sind die Nettoausgaben im bevölkerungsreichen Kanton VD am höchsten.

Tabelle 9: Ergänzungsleistungen für Familien

Kanton	Waadt (seit 2011)	Genf (seit 2012)	Solothurn (seit 2010)	Tessin (seit 1997)
Anspruchsvoraussetzungen				
Wohnsitz da seit	3 Jahren	5 Jahren	2 Jahren	3 Jahren, bei ausländischer Nationalität 5 Jahre für AFI
Alter der Kinder	Unter 16 Jahre	Unter 18 Jahre (25, wenn in Ausbildung)	Unter 6 Jahre	Vor Schulpflicht (API) Unter 15 Jahre (AFI)
Erwerb	Keine Voraussetzung	Pensum von 40% bei Alleinerziehenden, 90% bei Paarhaushalten. Selbständige sind ausgeschlossen	Mindesterbwerbseinkommen bei Kindern unter 3: 30'000 CHF Paarhaushalte, 7'500 CHF Alleinerziehende. Bei Kindern über 3 steigt das Minimum bei Alleinerziehenden auf 15'000 CHF pro Jahr.	Keine Voraussetzung
Über monatliche Grundunterstützung hinausgehende Leistungen				
Übernahme von Kinderbetreuungskosten etc.	Ja, max. 10'000 CHF pro Kind und Jahr	Ja, bis 13 Jahre; zusätzlich Übernahme schulischer Unterstützung bis 16 Jahre. Max. 6'300 CHF pro Kind und Jahr	Ja, max. 6'000 CHF pro Kind und Jahr	Ja., bis 4 Jahre, mit Maximalbetrag pro Kind und Jahr (anschliessend Tagesschulangebot)
Übernahme von gesundheitsbedingten Ausgaben	Ja, max. 10'000 CHF pro Person und Jahr	Nein*	Nein*	Nein*
Altersgrenze mit Reduktion der Leistung auf Kinderbedarf				
Übergang	Wenn das jüngste Kind 6 Jahre alt ist, wird nicht mehr der Bedarf der ganzen Familie, sondern nur noch jener der Kinder gedeckt.	Keiner	Keiner	Assegno di prima infanzia – API : Deckung des Bedarfs der ganzen Familie bis jüngstes Kind das Schulalter (gemäss Harmos) erreicht. Assegno integrativo – AFI: Danach nur noch Deckung des Bedarf der Kinder
Weitere Merkmale				
Weitere Erwerbsanreiz-Massnahmen	Anrechnung eines hypothetischen Einkommens von 12'700 CHF bei Alleinerziehenden und 24'370 CHF bei Paarhaushalten. Franchise auf Erwerbseinkommen über dem hypothetischen Einkommen.	Anrechnung eines hypothetischen Einkommens bei Gesamterwerbsum unter 100% bei Paarhaushalten. Franchise von 50% auf den Einkommen der Kinder.	Anrechnung eines hypothetischen Einkommens von 40'000 CHF bei Paarhaushalten und 10'000 CHF bei Alleinerziehenden mit Kindern unter 3 Jahren, bzw. 20'000 CHF mit älteren Kindern. Franchise von 20% auf den ersten 10'000 (Alleinerziehende) bzw. 20'000 CHF Erwerbseinkommen über dem hypothetischen Einkommen.	Anrechnung eines hypothetischen Einkommens nur bei API für Paarhaushalte mit Gesamterwerbsum unter 100%. Keine Franchise.
Anzahl leistungsbeziehende Familien	ca. 5'700 Familien (2021)	1'676 Familien (Ende 2021)	1'527 Familien (2021)	AFI 2'270 Familien API 555 Familien (2020)
Jährliche Gesamtkosten in CHF	87'037'644 (2021)	17'900'000 ¹¹ (2021)	9'431'756 (2021)	AFI 23'793'754 API 8'646'346 (2020)
Finanzierung	Kanton, Gemeinden, Lohnprozente	Kanton	Beiträge von steuerpflichtigen juristischen Personen (§ 85 ^{octies} SG)	Kanton (API), Lohnprozente (AFI)

Anmerkungen: *aber Krankenkassen-Prämienverbilligung; Darstellung: BASS

¹¹ Ohne 14.3 Mio. CHF Krankenkassen-Prämienverbilligung an Familien, die Familien-EL beziehen.

In Genf und Solothurn wurden die Familien-EL seit der Einführung nicht in wichtigen Punkten verändert. In der Evaluation für den Kanton Genf hat sich ein gewisser Handlungsbedarf gezeigt. Wie das System der Familien-EL angepasst wird, ist jedoch noch unklar. Im Tessin und in der Waadt gab es diverse Veränderungen. Die wichtigsten Änderungen im Kanton Tessin umfassen:

- Anhebung des Höchstalters für den Bezug von Assegno di prima infanzia (von 3 Jahren auf den Beginn der Schulpflicht gemäss Harmos)
- Einführung eines Freibetrags für Erwerbseinkommen
- Erhöhung des Höchstbetrags des Assegno integrativo

Im Kanton Waadt gab es ebenfalls einige Veränderungen. Als wichtigste Anpassungen werden die folgenden Punkte genannt:

- 2012: Erhöhung des Satzes für den Lebensbedarf
- 2013: Erstattung der Krankheitskosten für alle Familienmitglieder
- 2013: Erhöhung des Freibetrags auf das Erwerbseinkommen
- 2016: Einrichtung von sechs regionalen Stellen (Centres régionaux de décision (CRD))
- 2017: Anpassung des Freibetrags für das Erwerbseinkommen
- 2019: Erhöhung der Familienzulagen

5.1.1 Evaluationen

Die Evaluationen beziehen sich dabei meist direkt auf die Familien-EL. Vom Kanton TI werden jedoch zusätzlich weitere Berichte und Evaluationen genannt, die sich allgemein mit Familienpolitik und der Rolle der Familien-EL darin befassen.

Genf

Im Kanton Genf wurden die Familien-EL 2012 eingeführt und 2017 evaluiert (Guggenbühl, Abrassart, und Dubach 2017). Bei den Bezügerinnen und Bezügerern handelt es sich oft um Einelternhaushalte. Die Mehrheit bezog nur Familien-EL und nicht parallel noch Sozialhilfe, was in Genf an sich möglich wäre. Im Mittel erhielten die Haushalte, welche vor 2014 begonnen haben, Familien-EL zu beziehen, 3 Jahre lang Familien-EL. Zu diesem Zeitpunkt der Evaluation war eine maximale Bezugsdauer von 47 Monate möglich. Der durchschnittliche Beitrag belief sich auf 1'374 Franken pro Monat. Im Kanton GE wird eine minimale Erwerbstätigkeit vorausgesetzt: ein Pensum von 90% für Zweielternfamilien und 40% für Einelternfamilien. Da die minimale Erwerbstätigkeit auf das ganze Jahr bezogen wird und Taggelder berücksichtigt werden, kann es Monate ohne Erwerbseinkommen geben. In Zweielternhaushalten ist meist nur eine Person erwerbstätig.

Im Hinblick auf die Erreichung der Ziele der Familien-EL konnte die Inanspruchnahme von Sozialhilfe für erwerbstätige Familien verringert oder teilweise vermieden werden und dadurch sanken die Kosten in der Sozialhilfe. Die Integration der Leistungsbeziehenden in den Arbeitsmarkt jedoch konnte nicht gesteigert werden. Die Erwerbsintegration der Haushalte mit Familien-EL wird im Laufe der Zeit eher schwächer. Die Gründe dafür sind nicht offensichtlich. Als mögliche Erklärung wird in der Evaluation genannt, dass die Familien-EL-Beziehenden keinen Zugang zu Massnahmen zur Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit haben, sowie dass die finanziellen Anreize kaum wirken, weil das Anreizsystem schwierig zu verstehen ist. Eher wird die Anrechnung eines hypothetischen Einkommens als Strafe wahrgenommen.

Aufgrund der Ergebnisse wurden 4 Schwierigkeiten identifiziert und Empfehlungen dazu formuliert:

■ Ein Teil der EL-Beziehenden war in einer instabilen und schwankenden Erwerbssituation. Diesen Situationen sollte besser Rechnung getragen werden. Um dies zu erreichen wurde empfohlen, die Kumulation von Familien-EL und Sozialhilfe abzuschaffen und Personen, welche sich unter dem Existenzminimum der Sozialhilfe befinden, über die Sozialhilfe zu unterstützen, in der mehr Beratung und Betreuung existiert.

■ Der Beschäftigungsgrad der unterstützten Haushalte nahm über die Dauer des Bezuges ab. Deshalb sollten die Beschäftigungsfähigkeit der Beziehenden und ihre berufliche Eingliederung vermehrt gestärkt werden. Es wurde empfohlen, das Anreizsystem so zu revidieren, aber auch die EL-Beziehenden stärker zu coachen, um ihre Erwerbschancen zu verbessern. Weiter solle die Erwerbsfähigkeit stärker aufgrund der Familiensituation bestimmt werden. Dazu wurden ein gestaffelter Abbau der Leistung nach dem 5. Geburtstag des jüngsten Kindes und die Einschränkung der Leistung auf Kinder unter 16 Jahren vorgeschlagen (danach greifen in Genf existenzsichernde Stipendien).

■ Da die Bezugsquote in Genf im Vergleich zu anderen Kantonen eher tief war, soll der Zugang zu den Familien-EL verbessert werden. Es wurde vorgeschlagen, nicht ein bestimmtes Erwerbsspensum vorauszusetzen, sondern ein hypothetisches Einkommen anzurechnen sowie die Information zu intensivieren.

■ Zwischen verschiedenen Haushaltstypen lagen Ungleichheiten vor. Daher wurden Empfehlungen formuliert, wie die interne Kohärenz verbessert werden könnte.

Solothurn

Im Kanton Solothurn wurden die Familien-EL 2010 eingeführt und 2014 einmalig von der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW (Baumgartner u. a. 2014) evaluiert. In Bezug auf den Vollzug und die Inanspruchnahme hat sich ein langsamer, aber kontinuierlicher Anstieg der aktiven Fälle gezeigt. 1'340 Kinder haben im Dezember 2013 in Familien mit EL-Bezug gelebt. Ein grosser Teil der Gesuche wurde jedoch abgelehnt (ca. 40%). Es wird vermutet, dass für die gesuchstellenden Personen schwierig fällt einzuschätzen, ob ihre wirtschaftliche Situation den Bedingungen der Familien-EL entspricht. In der Höhe der ausbezahlten Beträge gab es grosse Unterschiede. Die Kosten für die Auszahlungen und die Durchführung betragen 2013 insgesamt gut 5 Mio. Franken. Schwierigkeiten bestanden darin, dass die Zahl der Mutationen von Dossiers relativ hoch ist und viele Rückforderungen notwendig sind.

Beim Profil der Bezügerinnen und Bezüger gab es deutliche Unterschiede der Ein- oder Zweielternhaushalten. Bei Einelternhaushalten waren die Gesuchstellenden eher weiblich, verfügten über höhere Bildungsabschlüsse und waren meist Schweizerinnen. Bei Zweielternhaushalten handelte es sich oft um ausländische Eltern mit tiefem Qualifikationsniveau. Die Analyse der Wirkungen auf die finanzielle Situation der Bezügerinnen und Bezüger hatten gezeigt, dass die finanzielle Besserstellung im Vergleich zu der Sozialhilfe nicht nur vom Einkommen, sondern auch von der Familienform abhängig war. Je grösser eine Familie war, desto deutlicher war sie mit Familien-EL besser gestellt als mit Sozialhilfe. Ablösungen von den Familien-EL aufgrund einer finanziellen Verbesserung der Situation waren selten. Ein Grossteil der Ablösungen betraf Familien, deren jüngstes Kind 6 Jahre alt wurde. Dies hatte teilweise zur Folge, dass die Familien anschliessend von der Sozialhilfe unterstützt wurden.

Die Veränderung der Lebenssituation durch die Familien-EL wurde von den Leistungsbeziehenden positiv bewertet. Deutlich wurde aus ihrer Befragung auch, dass die Verfügbarkeit bezahlbarer Kinderbetreuung eine grosse Rolle für das Arbeitspensum spielte und sich die Haushalte mehr familienergänzende Betreuung wünschten, diese jedoch nicht finanzieren können.

Die Evaluation kam zu Schluss, dass das Ziel der Reduktion der Armut bei Familien überwiegend erreicht wurde und auch die Sozialhilfe entlastet werden konnte. Der gewünschte effiziente Einsatz der Mittel wurde aufgrund administrativer Schwierigkeiten kritisch beurteilt. Auch bei der Aufrechterhaltung des Erwerbsanreizes gab es kritische Punkte, da es im Zusammenspiel mit den Prämienverbilligung zu Schwelleneffekten kam. Die gewünschte Gleichbehandlung unterschiedlicher Familienformen konnte nicht vertieft untersucht werden. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass aufgrund der finanziellen Möglichkeiten ungleiche Zugangschancen für Kinderbetreuung bestehen können. Um die Zielerreichung zu verbessern, wurden verschiedene Folgerungen abgeleitet:

- Die Ablehnungsquote soll durch bessere Information und die frühzeitige Identifikation aussichtsloser Gesuche reduziert werden.
- Eine Reduktion der Anzahl erforderlicher Mutationen soll geprüft werden. Als denkbar wurde eine Erhöhung der Grenze von Veränderungen der Einnahmen oder Ausgaben, welche zu einer Neuberechnung führen, vorgeschlagen, sowie die Nichtberücksichtigung von Veränderungen unter dem Jahr, für das die Leistungen gesprochen wurden.
- Die Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung sollen voll anrechenbar werden.
- Eine Erweiterung des Einkommensfreibetrags wurde empfohlen, um einen positiven Erwerbsanreiz zu gewährleisten.
- Die Abstimmung mit anderen Sozialleistungen und Abgaben soll verbessert werden, um Schwelleneffekte zu vermeiden.
- Zudem wurde vorgeschlagen, eine Erhöhung der Altersgrenze der Kinder zu prüfen.

Tessin

Die Familien-EL wurden im Kanton Tessin 1997 eingeführt, und es wurden verschiedene Evaluationen durchgeführt. Die zwei wichtigsten aktuellen Evaluationen in der Familienpolitik sind ein Bericht über die Bedürfnisse von Familien mit Kindern von 0-4 Jahren (Medici u. a. 2015) und ein Bericht über die Familienpolitik im breiteren Kontext der Sozialpolitik, Bilanzen und Perspektiven (Greppi, Marazzi, und Vaucher de la Croix 2013) genannt. Im ersten Bericht zu den Bedürfnissen von Familien mit Kindern von 0-4 Jahren wird darauf hingewiesen, dass die Familien-EL eine der drei Säulen der kantonalen Familienpolitik darstellen. Um ein ausreichendes Einkommen von Familien sicherzustellen, wird vorgeschlagen, die Wirksamkeit und Effizienz der bestehenden Politik integral zu bewerten und eine Harmonisierung der öffentlichen Unterstützungen je nach den Bedürfnissen der Familien und dem Alter der Kinder zu erreichen. Es werden verschiedene Massnahmen vorgeschlagen:

- Die Durchführung einer Analyse zur Wirksamkeit und Effizienz der bestehenden Massnahmen
- Ein Monitoring in Zusammenarbeit mit den Gemeinden in Bezug auf Familien-EL, Prämienverbilligung und Sozialhilfe
- Ein Monitoring der Leistungsbeziehenden mit dem Ziel, mögliche Verzerrungen zu korrigieren
- und die anschliessende Überarbeitung/Aktualisierung der bestehenden Gesetze.

Der zweite Bericht löst etliche dieser Anliegen ein. Die Familien-EL werden im Kontext der weiteren Sozialleistungen untersucht. In Bezug auf die Familien-EL wird festgestellt, dass die Anzahl Fälle und die Beträge pro Fall über die Jahre gestiegen sind. Zusammenfassend kommt die Analyse zum Schluss, dass die Familien-EL ein gutes Instrument sind, um Armut zu verringern. Insbesondere mit der Anerkennung der Kosten für eine externe Kinderbetreuung werde die finanzielle Autonomie der Familien gefördert. Als kritischer Aspekte wird aufgeführt, dass die Lösung strukturell bedingter Armutsprobleme in den Familien durch die Familien-EL tendenziell verschoben wurde und dass die Familien-EL nicht koordiniert sind mit entsprechenden anderen Interventionen. Dies erschwere die

Autonomie und Zukunftsplanung für die Familien. Zudem ist die Verfügbarkeit familienexterner Kinderbetreuung oft eine Schwierigkeit. Insgesamt kann die Inanspruchnahme von Sozialhilfe durch Familien nicht vollständig verhindert werden.

Waadt

Im Kanton Waadt wurden seit der Einführung der Familien-EL zwei Evaluationen durchgeführt (Ab-rassart, Guggenbühl und Stutz 2015; Pointet, Ostrowski und Scherly 2022). Einelternhaushalte, kinderreiche Familien, Eltern aussereuropäischer Herkunft und Eltern ohne anerkannten Berufsabschluss beziehen verstärkt Familien-EL. Die Lebensläufe und Situationen der Bezügerinnen und Bezüger sind jedoch sehr unterschiedlich. Gemäss der zweiten Evaluation gab es in den letzten Jahren einen Anstieg der Erwerbstätigkeit der Haushalte mit Familien-EL. Für die Familien selbst bieten die Familien-EL eine stabilere Situation und die Unterstützung wird positiv wahrgenommen. Zudem wird die finanzielle Unabhängigkeit der Familien gestärkt. Das die finanzielle Unterstützung ergänzende Coaching PC Familles scheint ein gutes Mittel zu sein, um die Verdienstmöglichkeiten der Familien zu verbessern. 2019 beläuft sich der Gesamtbetrag der Familien-EL inklusive Rückerstattungen für Kinderbetreuungskosten und medizinische Kosten auf 83.6 Mio. Franken. In beiden Evaluationen wurde festgestellt, dass die Familien-EL die Ziele grundsätzlich erreichen. Die Evaluation von 2022 bestätigt, dass das Ziel, den Rückgriff auf Sozialhilfe zu verringern, erreicht wurde. Die finanzielle Eigenständigkeit der Familien und die Förderung der Erwerbstätigkeit konnten ebenfalls erreicht werden. Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit wurde durch die Übernahme der Betreuungskosten jedoch nur teilweise erreicht.

In der neuen Evaluation von 2022 werden verschiedene Empfehlungen formuliert, um die Zielerreichung der Familien-EL zu optimieren:

- Die Kommunikation mit den Beziehenden bezüglich Rückerstattungen sowie Änderungen der Beiträge aufgrund veränderter Situationen (vor allem bei Erreichen der Altersgrenze der Kinder) soll verbessert und diversifiziert werden.
- Beim Übergang zum 6. Lebensjahr des Kindes soll die Leistung stufenweise abgesenkt werden, um den finanziellen Schock zu mindern und den Familien eine Anpassung an die neue Situation zu erleichtern.
- Beim «Coaching familles» sollen verstärkt Ausbildungen unterstützt werden, um die Chancen der Eltern auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.
- Es soll ein umfassenderes Case-Management für die Haushalte eingeführt werden, das auch eine Begleitung in administrativen Fragen umfasst.
- Es soll geprüft werden, ob den Familien Mikrokredite in der Form zinsloser Darlehen für unvorhergesehene Ausgaben zur Verfügung gestellt werden könnten für unvorhersehbare, grössere Ausgaben, damit die Familien sich nicht verschulden müssen.
- Eine besondere Aufmerksamkeit soll auf die Bedürfnisse von Einelternfamilien gelegt werden. Zu diesem Zweck wird vorgeschlagen, eine Studie zu erarbeiten, die sich vertieft mit ihrer Situation auseinandersetzt.
- Auch wird empfohlen, dem Thema Wohnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Mieten bilden einen grossen Anteil der Ausgaben von Familien. Das aktuelle System der Anrechnung der Mieten soll überdacht werden, um die Heterogenität der Gemeinden zu berücksichtigen und Schwelleneffekte zu vermeiden.
- Im Hinblick auf zukünftige Evaluationen wird vorgeschlagen, Informationen zu dem Berufsleben der Beziehenden zu erfassen (Berufsstatus und Berufsfeld). Dadurch sollen verstärkt Entwicklungen beobachtet werden.

5.1.2 Zielerreichung aus Sicht der Kantone

In der Befragung wurden die Kantone gebeten, die Zielerreichung auch aus ihrer Sicht zu beurteilen. Die Einschätzung aus Genf geht nicht über die Resultate der Evaluation hinaus. Der Kanton Solothurn sieht das Ziel einer Verringerung der Familienarmut und einer Reduktion der Sozialhilfekosten als erreicht. Ein wirkungsvoller Erwerbsanreiz konnte jedoch nur teilweise geschaffen werden. Die Förderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit wird nur teilweise erreicht, da nach wie vor Personen nach dem Bezug von Familien-EL Sozialhilfe beziehen müssen.

Im Tessin wird die Verringerung der Armut von Kindern und Jugendlichen als Hauptziel erreicht. Der Kanton Waadt erreicht seine Ziele ebenfalls, mit gewissen Einschränkungen, was das Ziel, die Vereinbarkeit von Familien und Beruf für die betreffenden Familien zu verbessern, betrifft. Das Problem lag hier nicht an der Finanzierung, sondern an einem Mangel an passenden Betreuungsplätzen.

5.2 Kantone ohne Familienergänzungsleistungen

Bei den Kantonen, welche aktuell über keine Familien-EL verfügen, wurden erhoben, ob aktuell oder in der Vergangenheit Bestrebungen gab, eine solche Leistung einzuführen oder eine Einführung zu prüfen. Insgesamt zeigt sich, dass dies in praktisch allen Kantonen einmal der Fall war oder aktuell in Arbeit ist.

Ohne die Kantone, die Familien-EL eingeführt haben (4), eine Ersatzlösung in der Form weiterer Familienbeihilfen angeben (2) oder nicht geantwortet haben (3), verbleiben 17 Kantone ohne Familien-EL. In 8 dieser Kantone gibt es aktuelle Bestrebungen, Familien-EL einzuführen oder eine Einführung zu prüfen (AG, AI, BL, FR, NE, SG, SH, ZH). In 10 Kantonen gibt es aktuell keine solche Bestrebungen. Davon haben 5 Kantone in den letzten zehn Jahren die Einführung von Familien-EL geprüft, aber verworfen (BE, GR, JU, VS, ZG). In den übrigen 4 Kantonen waren Familien-EL auch in den letzten zehn Jahren politisch nie Thema (LU, NW, OW, UR). Im Folgenden wird die Situation in den verschiedenen Kantonen ausgeführt.

Aktuelle Bestreben für die Einführung von Familien-EL oder deren Prüfung

Kantone mit aktuellen Bestrebungen, in denen politische Vorstösse eingereicht wurden, die aktuell bearbeitet werden:

■ Im Kanton **AG** läuft die Prüfung der Einführung einer Familien-EL aufgrund einer Motion der CVP (2019), welche als Postulat überwiesen wurde.¹² Die Prüfung war bereits in der Sozialplanung von 2015 vorgesehen.

■ Im Kanton **SG** wurden eine Interpellation zu Massnahmen gegen Kinderarmut und eine Motion zur Senkung der Kinderarmut durch die Einführung von Familienergänzungen eingereicht. Die Motion wurde zurückgezogen, nachdem die Regierung Nichteintreten beantragt hatte. Das Departement des Innern ist gemeinsam mit dem Bildungs- und dem Gesundheitsdepartement an der Erarbeitung eines Grundlagenberichtes zur Familienpolitik. Dieser Bericht soll als Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen abgewartet werden.

■ In **SH** wurde ein Postulat, die Einführung einer Familien-EL zu prüfen, an den Regierungsrat überwiesen.

¹² <https://www.ag.ch/grossrat/grweb/de/195/Detail%20Gesch%C3%A4ft?ProzId=4242211>

■ Im Kanton **ZH** wurde eine parlamentarische Initiative betreffend ein Gesetz über kantonale Zusatzleistungen für Familien ohne existenzsicherndes Einkommen überwiesen. Aufgrund eines weiteren Postulats wird zuerst ein Bericht zur finanziellen Situation der Zürcher Familienhaushalte erstellt, bevor die parlamentarische Initiative behandelt wird.

In den anderen Kantonen sind die Bestrebungen konkreter angedacht:

■ In **AI** läuft aktuell eine Abklärung zu den Zuständigkeiten und eine Arbeitsgruppe wird gebildet.

■ In **BL** haben Kanton und Gemeinden eine Totalrevision des Mietzinsbeitragsgesetzes als Alternative zu Familien-EL erarbeitet. Die Totalrevision bildet den Gegenvorschlag zu einer nichtformulierten Initiative zu Ergänzungsleistungen für Familien mit geringem Einkommen. Die Ergebnisse aus der «Strategie zur Verhinderung und Bekämpfung von Armut im Kanton Basel-Landschaft» waren massgeblich für den Anstoss und die Umsetzung der Revision. Mit den Mietzinsbeiträgen soll die finanzielle Belastung von Familien und Alleinerziehenden reduziert werden. Ende Februar 2022 ist die Vernehmlassungsfrist abgelaufen und zum Zeitpunkt der Befragung war die Regierung an der Auswertung der Vernehmlassungsantworten.

■ In **FR** ist die Einführung von Familien-EL in Arbeit. In der Kantonsverfassung (Art. 60 Abs. 2, 2004) sind ergänzende Leistungen für Familien mit Kleinkindern, sofern ihre finanziellen Verhältnisse es erfordern, vorgesehen. Aufgrund dieser Tatsache und einer Motion wurde ein Vorentwurf des Gesetzes über Ergänzungsleistungen für Familien (FamELG) erarbeitet und 2021 in Vernehmlassung gegeben. Im Anschluss an die Vernehmlassung wurde eine Studie zur Evaluation des Modelles in Auftrag gegeben. Die Resultate waren zum Erhebungszeitpunkt noch nicht publiziert.

■ In **NE** wurden 2008 ein Postulat¹³ und 2011 eine Motion¹⁴ eingereicht und jeweils angenommen, welche den Regierungsrat beauftragen, die Einführung von Familien-EL zu prüfen. Im Zuge der Neudefinition der kantonalen Sozialleistungen (2018)¹⁵ wurden von der Regierung jedoch keine Familien-EL vorgesehen, da sie ein System mit kantonalen Ergänzungsleistungen vorschlug (Prestations complémentaires cantonales), mit denen die materiellen Bedürfnisse von möglichst vielen Personen abgedeckt werden sollen bis hin zu Sozialhilfebeziehenden, die keine Betreuung benötigen. Zudem war die Einschätzung der Regierung, dass eine finanzielle Unterstützung für Familien durch eine Begleitung ergänzt sein müsste und sich daher nicht von der Sozialhilfe unterscheidet. Nach der Neudefinition der Sozialleistungen 2020¹⁶ wurden für die Umsetzung verschiedene Gespräche geführt und Erfahrungen aus anderen Kantonen ausgewertet wurden. Gleichzeitig wurden auf Bundesebene Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose eingeführt, wodurch sich die Ausgangslage veränderte. Die Wiederaufnahme der Arbeiten für die kantonalen Ergänzungsleistungen wurde auf 2021 geplant. Bis dahin sollten die verbleibenden Personen, die materielle Hilfe ohne gleichzeitige soziale Betreuung benötigen, besser identifiziert werden. Resultate der Abklärungen liegen noch keine vor. Die parlamentarischen Vorstösse zu den Familien-EL sind aktuell noch offen, da es das Parlament abgelehnt hat, sie abzuschreiben.

¹³ <https://www.ne.ch/autorites/GC/objets/Documents/Postulats/2008/08174.pdf>

¹⁴ <https://www.ne.ch/autorites/GC/objets/Documents/Motions/2011/11158.pdf>

¹⁵ Rapport 18.034, Redéfinition des prestations sociales, p. 59-60, https://www.ne.ch/autorites/GC/objets/Documents/Rapports/2018/18034_CE.pdf

¹⁶ Rapport 20.013, Suite de la redéfinition des prestations sociales, p. 21-23, https://www.ne.ch/autorites/GC/objets/Documents/Rapports/2020/20013_CE.pdf

Bestrebungen für die Einführung von Familien-EL oder deren Prüfung in den letzten 10 Jahren

In 5 Kantonen (BE, GR, JU, VS, ZG) scheiterten politische Vorstösse zur Einführung von Familien-EL:

■ In **BE** wurde 2018 eine Motion¹⁷ eingereicht mit dem Ziel, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit einkommensschwache Familien-EL beziehen können. Der Regierungsrat beantragte eine Ablehnung und in der Folge wurde die Motion zurückgezogen, unter anderem in Hinblick darauf, dass ein Familienbericht erarbeitet wird. Von Seiten des Regierungsrates wurden die politischen Ziele der Familien-EL nur teilweise erfüllbar eingeschätzt und unerwünschte Effekte wie negative Erwerbsanreize und Schwelleneffekte identifiziert, aber auch finanzpolitische Gründe für die Ablehnung angeführt.

■ In **GR** gab es 2021 einen Auftrag von 25 Parlamentarierinnen und Parlamentariern, dass die Regierung eine neue Vorlage in die Vernehmlassung schickt, die Familien-Ergänzungsleistungen vorsieht.¹⁸ In seiner Antwortung beantragte die Regierung die Ablehnung. Begründet wurde dies damit, dass im Regierungsprogramm und im Programm «Kinder- und Jugendpolitik im Kanton Graubünden» bereits Schwerpunkte und Massnahmen vorgesehen seien, die Mutterschaftsbeiträge beibehalten wurden und steigende Ausgaben der öffentlichen Hand befürchtet werden. In der Folge wurde der Auftrag zurückgezogen.

■ Eine Volksinitiative forderte in **JU** 2018 die Einführung von Familien-EL. Von der Regierung wurde ein Gegenvorschlag formuliert, mit der Stärkung der Krankenkassenprämien-Verbilligung für Familien. Der Gegenvorschlag wurde angenommen und ab 2020 umgesetzt.

■ In **VS** hat der Staatsrat 2010 eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, die Möglichkeit einer Einführung von Familien-EL im Wallis zu prüfen und einen Bericht¹⁹ zu verfassen. Ein entsprechender politischer Vorstoss wurde daraufhin zurückgezogen.

■ In **ZG** wurde 2009 in einer Motion²⁰ die Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien gefordert. Die Motion wurde vom Kantonsrat in ein Postulat umgewandelt und als teilerheblich erklärt: So sollten verschiedene Bedarfsleistungen für Familien geprüft werden. In dem Postulatsbericht anerkennt der Regierungsrat die negativen Folgen von Armut und dass viele Familien in schwierigen wirtschaftlichen Situationen leben. Die verschiedenen geprüften Varianten wären jedoch alle mit Mehrkosten verbunden. Der Regierungsrat wollte deshalb auf neue Leistungen oder eine Revision der bestehenden Mutterschaftsbeiträge verzichten. Nach dem Postulatsbericht wurde das Postulat für erledigt erklärt.

Kantone ohne Bestrebungen zu Familien-EL

Vier Kantone habe angegeben, dass es weder aktuell noch in den letzten 10 Jahren Bestrebungen zur Einführung von Familien-EL gab:

■ Der Kanton **LU** gibt an, dass im Rahmen des periodischen Wirkungsberichts Existenzsicherung die Optimierung der bestehenden Leistungen im Fokus stehen. Neue Leistungen wie eine Familien-EL waren bisher nicht Gegenstand der Empfehlungen und werden nur bei ausgewiesenem Bedarf geprüft.

¹⁷ Motion 136-2018 "Einkommensschwache Familien vor der Sozialhilfe bewahren und Ergänzungsleistungen ermöglichen!" (De Meuron, Thun Grüne; Schnegg, Lyss EVP; Marti, Bern SP)

¹⁸ [https://www.gr.ch/DE/institutionen/parlament/PV/Seiten/20210616M%C3%BCller\(Felsberg\)09.aspx](https://www.gr.ch/DE/institutionen/parlament/PV/Seiten/20210616M%C3%BCller(Felsberg)09.aspx)

¹⁹ <https://www.vs.ch/documents/515865/1308405/Rapport%20explicatif%20accompagnant%20l%3Favant-projet.pdf/e88402a1-25a9-4e7e-b2bf-a2752844d86c>

²⁰ <https://kr-geschaefte.zug.ch/gast/geschaefte/103>

■ In den Kantonen **NW**, **OW** und **UR** liegen keinerlei Haltungen, Aussagen oder Beschlüsse von den Kantonsregierungen oder -parlamenten vor.

Haltung der Kantonsregierungen

In den Kantonen, in welchen politische Vorstösse diskutiert wurden oder weitere Entwicklungen stattfanden, zeigen sich unterschiedliche Haltungen der Kantonsregierungen:

Die Kantone AI, SH und FR sind der Einführung von Familien-EL gegenüber eher positiv eingestellt und planen oder prüfen deren Einführung. Im Kanton AG hat der Grosse Rat eine Prüfung von Familien-EL in Auftrag gegeben. Die Regierung wird aufgrund der Prüfung über weitere Schritte entscheiden. In SG und ZH sollen zuerst mit Hilfe von Berichten Grundlagen für eine Behandlung des Themas geschaffen werden, insofern zeigt sich noch keine Haltung der Regierung.

In BL, BS, GR, JU, GL und NE wurde auf eine Einführung von Familien-EL verzichtet, es wurden jedoch alternative Bedarfsleistungen eingeführt, gestärkt, beibehalten oder vorgesehen. In BL und BS wurde auf Mietzinsbeiträge gesetzt, in GR wurden in einer Volksabstimmung die Mutterschaftsbeiträge beibehalten, im Kanton JU wurden die Prämienverbilligungen gestärkt und NE möchte ein EL im Erwerbsalter einführen, die nicht ausschliesslich auf Familien ausgerichtet ist. In LU steht die Optimierung der bestehenden Leistungen im Fokus stehen, Familien-EL werden bei Bedarf nicht ausgeschlossen. In BE, GR und ZG waren (unter anderem) finanzpolitische Gründe ausschlaggebend für die Ablehnung von Familien-EL.

Aus den Kantonen VS, NW, OW und UR sind keine Haltungen der Kantonsregierungen bekannt. AR, SZ und TG haben nicht an der Befragung teilgenommen und GE, SO, TI und VD verfügen über Familien-EL.

6 Weitere Massnahmen und Familienbeihilfen

Neben Familien-EL bestehen in den Kantonen weitere Massnahmen und Leistungen, mit denen Familien unterstützt werden. Zum einen werden hier Massnahmen aufgeführt, welche die Kantone in der Befragung angegeben haben, und zum anderen wird eine Übersicht über die weiteren Familienbeihilfen in den Kantonen dargestellt.

6.1 Weitere angegebene Massnahmen

Die Kantone wurden in der Befragung gefragt, ob sie abgesehen von Familien-EL weitere Massnahmen ergriffen haben, um gegen Familien- und Kinderarmut vorzugehen. Es wurden verschiedene Massnahmen vereinzelt genannt, die in vielen und teilweise auch in allen Kantonen vorhanden sind:

- Verschiedene Massnahmen in der Steuerpolitik (z.B. Abzug der Kinderbetreuungskosten; in allen Kantonen vorhanden, Höhe und Ausgestaltung unterschiedlich)
- Prämienverbilligungen (in allen Kantonen vorhanden, Leistungen unterschiedlich)
- Stipendien (in allen Kantonen vorhanden, Leistungen unterschiedlich)
- Subventionierung der Kinderbetreuung (Objekt- und Subjektsubventionierung; in allen Kantonen vorhanden, Leistungen unterschiedlich)
- Alimentenbevorschussung (in allen Kantonen vorhanden, Leistungen unterschiedlich)
- Massnahmen der Sozialhilfe ohne nähere Angaben
- Familienzulagen, welche über das bundesrechtliche Minimum hinausgehen
- Generell Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Massnahmen der frühen Förderung
- Mietzinsbeiträge (→ vgl. auch Abschnitt 6.2)
- Massnahmen zum Thema Schulden
- Durchführung einer Evaluation der finanziellen Situation von Familien als Grundlage für den Entscheid zu Massnahmen

6.2 Weitere Familienbeihilfen in den Kantonen

Die bestehenden Familienbeihilfen werden von den Kantonen teilweise angeführt und teilweise nicht. Um kein unvollständiges Bild der Situation zu zeichnen, werden hier die Familienbeihilfen aller Kantone vorgestellt. Familienbeihilfen sind bedarfsabhängige Sozialleistungen, die sich an Familien richten, und gemäss Klassifizierung des Bundesamts für Statistik (BFS) zur «Sozialhilfe im weiteren Sinn» gehören.²¹ Die Ergänzungsleistungen für Familien, welche bereits im Abschnitt 5 behandelt wurden, sind von der Systematik her ebenfalls Teil dieser Familienbeihilfen, werden hier aber nicht noch einmal aufgeführt. Insgesamt kennen 9 Kantone weitere Familienbeihilfen (**Tabelle 10**).

²¹ <https://www.sozialhilfeiws.bfs.admin.ch/ibs/>

Tabelle 10: Familienbeihilfen in den Kantonen (Stand 2021)

Kanton	Leistung	Inhalt
AG	Elternschaftsbeihilfe	Die Elternschaftsbeihilfe ermöglicht wirtschaftlich schwachen Eltern beziehungsweise Elternteilen, ihr Kind in den ersten 6 Monaten nach der Geburt persönlich zu betreuen. Sie verhindert Bedürftigkeit (Art. 26 SPG).
FR	Allocations de maternité en cas de besoin	Le Canton de Fribourg accorde aux femmes se trouvant dans une situation économique modeste une allocation de maternité pendant un temps déterminé après la naissance de l'enfant.
GL	Erwerbsersatzleistungen für einkommensschwache Eltern	Der Kanton Glarus gewährt einem erziehenden Elternteil bei der Geburt eines Kindes während einer bestimmten Zeit Erwerbsersatzleistungen, sofern dieser einer solchen Hilfe bedarf (Art. 1 GEEL).
GR	Mutterschaftsbeiträge	Der Kanton gewährt der Mutter oder dem Vater (im folgenden Elternteile genannt) nach der Geburt eines Kindes während einer bestimmten Zeit Beiträge, sofern sie oder er zur persönlichen Pflege und Betreuung des Kindes einer finanziellen Unterstützung bedarf (Art. 1 GMB).
SG	Elternschaftsbeihilfe	Der Kanton leistet Beiträge an Eltern in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen, damit sich diese der persönlichen Pflege und Erziehung des Kleinkindes widmen können.
SH	Erwerbsersatzleistungen an alleinerziehende Elternteile	Zur Förderung der elterlichen Betreuung von Kleinkindern bezweckt dieses Gesetz die Gewährung von Erwerbsersatzleistungen an alleinerziehende Elternteile, die nach der Geburt eines Kindes aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen wären, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen (Art. 27 FSG).
VD	Allocation en cas de maternité ou d'adoption	Le Canton de Vaud connaît une allocation de maternité qui s'adresse aux femmes se trouvant dans une situation économique modeste et qui ont donné naissance à un enfant, ainsi qu'aux parents se trouvant dans une situation économique modeste et qui ont adopté un enfant ou qui accueillent un enfant en vue de son adoption.
	Allocations en faveur des familles s'occupant d'un mineur handicapé à domicile	Les allocations en faveur des familles s'occupant d'un mineur handicapé à domicile sont destinées à reconnaître l'action particulière de l'un des parents lorsqu'il doit réduire ou cesser son activité lucrative afin d'aider et soutenir un enfant handicapé. Ces allocations peuvent aussi être versées lorsque le parent qui aide ou soutient l'enfant handicapé n'exerce pas une activité lucrative mais qu'il rend vraisemblable qu'il en aurait exercé une si l'enfant avait été en bonne santé (Art. 25 LVLAfam). Ces allocations se composent de: - un montant fixe destiné à couvrir divers frais non pris en charge par d'autres régimes sociaux; - un montant déterminé en fonction de l'intensité de l'assistance prodiguée par le parent (art. 26 LVLAfam).
	Prestations ponctuelles	Le Comité pour l'octroi des prestations ponctuelles peut, par l'octroi d'aides financières uniques ou périodiques, soutenir des familles en difficultés financières. Sous condition de ressources et indépendamment de la composition familiale, il peut prendre en charge des situations de détresse liées à une maladie rare de personnes domiciliées dans le canton et disposant d'un titre de séjour (art. 27b LPCfam).
VS	Fonds cantonal pour la famille	En vue de protéger la famille, base de la société et de l'Etat, et de favoriser sa fondation et son maintien, le Canton du Valais dispose d'un "Fonds cantonal pour la famille" qui a pour but d'octroyer des prestations sociales sous la forme d'allocations et d'aides uniques aux personnes seules ou couples avec charge d'enfant, domiciliés dans le canton (art. 44 LALAFam).
ZG	Mutterschaftsbeiträge	Der Kanton Zug gewährt Frauen bei Mutterschaft während einer bestimmten Zeit Beiträge, sofern sie einer solchen Hilfe bedürfen (§1 GkMB).

Quelle: BFS Inventar und Finanzstatistik der Sozialhilfe im weiteren Sinn (Stand 2021, konsultiert im Juni 2022), Darstellung BASS

Die weiteren Familienbeihilfen umfassen sehr unterschiedliche Massnahmen und richten sich oft an einen eingeschränkten Personenkreis:

■ **Beiträge für die Zeit nach der Geburt:** In 4 Kantonen gibt es Mutterschaftsbeiträge (ZG, FR, GR, VD). Diese richten sich meist an die Mütter (in GR auch an Väter) und werden bei Bedarf für eine gewisse Zeit nach der Geburt (einige Monate bis ein Jahr) ausbezahlt. Sie sollen es ermöglichen, das Kind eine gewisse Zeit persönlich betreuen zu können. In 2 Kantonen (AG, SG) werden analoge Leistungen als Elternschaftsbeiträge bezeichnet. Sie sind in beiden Kantonen ähnlich ausgestaltet, werden in den ersten 6 Monaten ausbezahlt und richten sich an Mütter wie Väter. Der Kanton GL kennt mit Erwerbsersatzleistungen für einkommensschwache Eltern ebenfalls einen bedarfsabhängigen Beitrag, der sich an einen Elternteil richtet, der nach der Geburt ein Kind betreut (Während dem

ersten Lebensjahr des Kindes). Die Erwerbsersatzleistungen an alleinerziehende Elternteile in SH richten sich nur an alleinerziehende Mütter und Väter, welche ihr Kind nach der Geburt betreuen und aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen wären, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen (während den ersten beiden Jahren).

■ **Weitere Leistungen:** Der Kanton **VD** kennt (zusätzlich zu Familien-EL und Mutterschaftsbeiträgen) auch **prestations ponctuelles**, also einmalige Leistungen an Familien, die zum Beispiel aufgrund einer hohen Zahnarztrechnung in finanzielle Probleme geraten. Zudem bestehen in der VD spezifische Beiträge für Familien, welche sich um ein Kind mit Behinderung kümmern (**Allocations en faveur des familles s'occupant d'un mineur handicapé à domicile**). Im Kanton **VS** werden über einen **kantonalen Familienfonds** (Fonds cantonal pour la famille) jährliche Zulagen an Familien mit tiefen Einkommen ausbezahlt. Ähnlich wie in der VD kann der Familienfonds auch einmaligen Beiträge an Familien in finanziellen Problemen leisten.

Die **Familienmietzinsbeiträge** aus **BS** gehören in der Klassifikation der Sozialhilfe im weiteren Sinne zu den Wohnbeihilfen. Sie richten sich jedoch ebenfalls ausschliesslich an Familien und tragen damit zur Reduktion von Familien- und Kinderarmut bei. Die Familienmietzinsbeiträge werden unter bestimmten Voraussetzungen an Haushalte mit mindestens einem Kind ausbezahlt. Die Höhe ist abhängig vom Einkommen und Vermögen des Haushalts und der Höhe des Mietzinses.

7 Erwartungen an den Bund

In der Kantonsbefragung wurde gefragt, ob die für Familienpolitik und soziale Mindestsicherung hauptzuständigen Kantone über konkrete Erwartungen verfügen, ob und wie der Bund sie in der Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut unterstützen könnte oder sollte (Tabelle 11). 3 Kantone (AG, AI, OW) formulieren keine Erwartungen an den Bund und 5 Kantone (BE, SO, UR, ZG, ZH) haben diese Frage nicht beantwortet. Die anderen 15 Kantone nennen unterschiedliche Aspekte, die hier zu Themenbereichen gruppiert werden (vgl. **Tabelle 11**):

■ **Bereitstellung von Wissensgrundlagen:** 7 Kantone²² sehen in diesem Punkt einen Bedarf, wie der Bund sie in der Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut unterstützen könnte. Neben allgemeinen Wissensgrundlagen und Empfehlungen (5 Kantone) werden auch die Verbreitung von Best Practice-Beispielen (5 Kantone) und ein Monitoring (3 Kantone) mit einheitlichen Definitionen und Indikatoren genannt. Das Monitoring soll einen interkantonalen Vergleich zulassen und auch für kleine Kantone anwendbar sein. Der Bund nimmt diese Aufgaben heute teilweise im Rahmen der Nationalen Plattform gegen Armut wahr.

■ **Stärkung und/oder Revision der Systeme der sozialen Sicherung auf Bundesebene:** Verschiedene Kantone äussern sich dahingehend, dass die nationalen sozialen Sicherungssysteme einen grösseren Beitrag dazu leisten sollten, Kinder- und Familienarmut zu vermeiden oder zu bekämpfen, um negative Auswirkungen ungenügender Leistungen der vorgelagerten Systeme auf Bundesebene auf die kantonalen Sozialleistungen zu verringern. Dabei werden unterschiedliche Aspekte thematisiert. 6 Kantone (BS, FR, NE, TI, VS) sprechen sich allgemein für eine Stärkung der Sozialsysteme auf Bundesebene aus. Der Kanton GR betont, die bestehenden Systeme (nicht nur auf Bundesebene) sollten weiterentwickelt werden, anstatt die Zahl der Leistungssysteme weiter zu erhöhen.

Von einzelnen Kantonen konkret genannte Punkte sind hohe Zugangsschwellen zur beruflichen Vorsorge in der Zweiten Säule, eine Erhöhung des nationalen Minimums der Kinder- und Ausbildungszulagen sowie eine Erhöhung des Bundesbeitrags an die Krankenkassen-Prämienvorbilligung. Der Kanton TI führt konkret eine bundesweite Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen auf. Als positives Beispiel werden die Covid-Massnahmen des Bundes genannt, welche für viele Familien eine Prekarisierung verhindert hätten, die sonst kantonale Leistung in Anspruch hätten nehmen müssen.

■ **Engagement des Bundes in der Armutsprävention und -bekämpfung:** Über die Bereitstellung von Wissensgrundlagen hinaus nennen 2 Kantone (SH, VS) explizit die Stärkung und Weiterführung der Nationalen Plattform gegen Armut. 1 Kanton (BL) äussert sich allgemeiner für eine koordinierende Rolle des Bundes in der Armutsbekämpfung. Ein weiterer Kanton (SG) wünscht sich einen klaren Auftrag vom Bund, weil dies mehr Gewicht hätte. 1 Kanton (VS) möchte, dass der Bund sich gegen die Stigmatisierung von Prekarität einsetzt.

■ **Unterstützung in weiteren spezifischen Politikbereichen:** Ein stärkeres Engagement des Bundes wird von einzelnen Kantonen in den folgenden Bereichen gewünscht: Familienergänzende Kinderbetreuung (JU, LU), Kinder- und Jugendarbeit (JU), vor- und ausserschulische Betreuungsangebote, um die Erwerbsintegration der Eltern zu erhöhen (NE) und Migration (NE). Ein anderer Kanton (FR) nennt die Revision des Bundesgesetzes über Schuldenbetreuung und Konkurs (SchKG) mit Änderungen im Bereich der Schuldentilgung, da Familien und Kinder häufiger und stärker unter Überschuldungssituationen leiden.

²² BL, GE, GL, JU, NW, SG, VS

Tabelle 11: Erwartungen der Kantone an den Bund

Erwartungen	Wissensgrundlagen	Sozialleistungen auf Bundesebene	Engagement in der Armutsbekämpfung	Spezifische Politikbereiche
BL Da Armutsbekämpfung Kantonsaufgabe ist, hat der Bund keinen expliziten Auftrag in diesem Bereich. Er kann aber koordinierend wirken und (Wissens-)Grundlagen zur Verfügung stellen. Auch Monitoringinstrumente, die einen interkantonalen Vergleich erlauben, wären begrüssenswert. Allenfalls könnte der Bund auch Best Practices vorstellen oder Pilotprojekte im Bereich der Bekämpfung von Familienarmut anstossen.	x		x	
BS Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen. Erhöhung des Bundesbeitrags an die Prämienverbilligung.		x		
FR Les familles et les enfants sont susceptibles d'être touchés par le surendettement. La révision de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (LP) est actuellement sur la table de l'Office fédéral de la justice et devrait être mise en consultation à partir du 2e trimestre 2022. Cette révision comprend un enjeu important en matière d'annulation des dettes. Selon Dettes Conseil Suisse, pour être réaliste, cette procédure devrait durer 3 ans au maximum. Elle devrait être accompagnée par des professionnel-le-s du travail social et le minimum vital selon le droit des poursuites devrait comprendre les impôts, les frais de santé et les imprévus.				x
GE Le canton de Genève est preneur de recommandations en matière de soutien aux familles monoparentales.	x			
GL Der Bund soll die Rolle der Themenhüterin wahrnehmen, interessante Projekte oder Ideen an die Kantone weitergeben.	x			
GR Bei der Weiterentwicklung des Systems der Sozialen Sicherheit (nicht nur auf Bundesebene) sollte die Anzahl Leistungssysteme nicht weiter erhöht, sondern die bestehenden Systeme gestärkt und weiterentwickelt werden.		(x)		
JU Monitoring efficace et également adaptable à l'échelon d'un petit canton. Diffusion de bonnes pratiques et pérennisation du soutien à l'accueil extra-familial et aux projets en faveur de l'enfance et de la jeunesse au travers de la LEEJ.	x			x
LU Die Verstetigung der Subventionen der familienergänzenden Kinderbetreuung wäre eine wichtige Massnahme des Bundes, welche die Chancengerechtigkeit aller Familien fördern würde.				x
NE Une raison majeure de la pauvreté des familles provient des règles actuelles de la LPP (déduction de coordination trop élevée). Une transformation de celles-ci serait un pas majeur de la lutte contre la pauvreté des familles. Par ailleurs, un soutien à la politique pré- et parascolaire permettrait d'augmenter le taux d'activité professionnelle dans les familles et de réduire ainsi les risques de pauvreté. Enfin, un soutien accru s'impose dans le domaine des migrations.		x		x
NW Best Practice für Klein-Kantone	x			
SG Wir würden einen Vergleich der bestehenden Armutsberichte und daraus eine Formulierung von Good Practice-Beispielen daraus sehr begrüssen. Zudem hätten wir mit einem klaren Auftrag des Bundes an die Kantone wesentlich mehr Gewicht in diesem Thema.	x		x	
SH Nationale Plattform gegen Armut stärken			x	
TI Il Cantone auspica che la Confederazione valuti l'opportunità di introdurre, sul modello di quanto adottato in Ticino e in altri Cantoni, una nuova prestazione (PC famiglie) destinata a famiglie con figli minorenni e volta a prevenire ad una parte delle famiglie il ricorso all'aiuto sociale secondo il principio per cui la nascita e la crescita di un bimbo non deve generare povertà.		x		
VD Le canton soutient les mesures qui permettent de renforcer les prestations d'assurances sociales au niveau fédéral et réduire ainsi les effets sur les aides et prestations sociales cantonales. L'on peut notamment mentionner l'importance des mesures fédérales prises pendant la pandémie de COVID-19 qui ont permis d'éviter une précarisation de la situation de nombreuses familles, qui, sans ces aides en amont, se seraient tournées vers les prestations cantonales.		x		
VS - Impulsions nationales pour la lutte contre la pauvreté dans les cantons => par la continuation de la Plateforme national de prévention et de lutte contre la pauvreté. - Pauvreté à traiter en amont dans le cadre des assurances sociales (prévention/réinsertion professionnelle/formation) vs risques de report sur l'aide sociale suite aux révisions législatives - Destigmatisation de la précarité. - Définition et indicateurs similaires permettant des comparaisons intercantionales.	x	x	x	
Anzahl Kantone	7	6	4	4

BE, SO, UR, ZG, ZH ohne Antwort zu dieser Frage, AG, AI, OW ohne Erwartung. AR, SZ, TG haben sich nicht an der Befragung beteiligt.

Quelle: Befragung der Kantone 2022, Darstellung BASS

8 Schlussbetrachtung und Fazit

Die rund 80'000 Kinder unter den Sozialhilfebeziehenden machen in der Schweiz fast einen Drittel aller Menschen in der Sozialhilfe aus. Noch nicht berücksichtigt sind in dieser Zahl Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich. Die erfassten Kinder in der Sozialhilfe sind ungleich über die Kantone verteilt. Mehr als die Hälfte von ihnen lebt in den Kantonen ZH, BE, VD und GE. Die Sozialhilfequote liegt unter den 0-17-Jährigen bei 5.2% und ist damit 1.6 Mal so hoch wie im Gesamtdurchschnitt. Auch da bestehen grosse Kantonsunterschiede. Die Sozialhilfequote der 0-17-Jährigen ist besonders tief in den Kantonen AI und OW (1.3%) und erreicht Spitzenwerte über 9% in den Kantonen BS, GE und NE. Unter den Haushaltstypen liegen schweizweit Einelternhaushalte mit einer Quote von 20.4% an der Spitze. In allen Kantonen beziehen Einelternhaushalte um ein Vielfaches häufiger Sozialhilfe als Haushalte ohne Minderjährige. Nur 8 Kantone geben weitere Datenquellen zu Kinder- und Familienarmut an, wobei es sich fast immer entweder um Steuerdatenauswertungen oder um verknüpfte Datensätze aus unterschiedlichen Quellen handelt. Vielerorts bestehen demnach derzeit kaum Datengrundlagen zur Kinder- und Familienarmut auf Kantonebene über die Sozialhilfestatistik hinaus.

Keiner der befragten Kantone gibt eine schriftlich festgehaltene, eigenständige Strategie zur Bekämpfung von Familien- bzw. Kinderarmut an. Bei rund der Hälfte ist dies jedoch Teil einer breiter angelegten Strategie im Bereich der Armutsbekämpfung oder der Familienpolitik oder das Ziel ist in Regierungsbeschlüssen oder -programmen festgehalten. 15 Kantone haben in den letzten 10 Jahren konzeptionelle Grundlagen erarbeitet oder Studien durchgeführt, die mit der Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut in Zusammenhang stehen. Dies zeigt, dass das Thema in vielen Kantonen virulent ist und die kantonale Politik beschäftigt. Von den 4 antwortenden Kantonen, die weder über eine Strategie noch über neuere Grundlagen oder Studien verfügen, sind 2 kleinere Innerschweizer Kantone mit tiefer Sozialhilfequote, die keinen Bedarf sehen, ein anderer kleiner Kanton geht davon aus, dass früher eingeführte Massnahmen greifen und einer ist aktuell daran, eine Armutsstrategie zu entwickeln.

Kantonale Familien-Ergänzungsleistungen kennen 4 Kantone (TI, VD, GE, SO). 2 andere nennen weitere Familienbeihilfen, die sie anstelle von Familien-EL eingeführt haben (BS, GL). Alle 4 Kantone, die Familien-EL kennen, haben dazu Evaluationen durchgeführt. Sie zeigen, dass die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut über diese Leistung grundsätzlich funktioniert, aber mit spezifischen Herausforderungen verbunden ist:

- Sind die Erwerbserfordernisse (Mindestpensum, angerechnetes hypothetisches Einkommen) in den Anspruchsvoraussetzungen zu hoch, werden viele Familien mit Armutsproblemen nicht erreicht.
- Wird der Familienbedarf so weit gedeckt, dass insbesondere die Mütter jahrelang dem Arbeitsmarkt fernbleiben, fallen viele Familien wieder unter die Armutsgrenze, sobald die Kinder die Alterslimite erreichen, bei der die Leistung (teilweise) wegfällt.
- Betreuungskosten können bei der Aufnahme oder Ausdehnung einer Erwerbsarbeit als negative Erwerbsanreize wirken, wenn sie vom Familien-EL-System nicht mitfinanziert werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch darüber hinaus eine Grundbedingung dafür, dass die unterstützten Familien mehr eigenständiges Einkommen generieren können.
- Finanzielle Anreize reichen nicht aus, um die Erwerbsintegration der Familien zu verbessern. Viele Eltern benötigen Beratung und Bildungsmassnahmen, um ihre Erwerbschancen zu steigern.
- Der bei vielen Familien unregelmässige Verdienst bringt das auf jährliche Mutationen ausgelegte EL-System an Grenzen. Durch zu grosse zeitliche Abstände bei der Überprüfung der

Anspruchsberechtigung können sich geschuldete Rückzahlungen aufsummieren, welche die Familien nicht finanzieren können, weil das Geld ausgegeben ist und die Einnahmen oft bescheiden bleiben. Wird dieses Problem nicht gelöst, können durch die Familien-EL in den Familien Schuldenprobleme ausgelöst werden.

In 8 von 17 antwortenden Kantonen ohne Familien-EL oder Ersatzlösung bestehen aktuell Bestrebungen, Familien-EL einzuführen oder eine Einführung zu prüfen. Am weitesten fortgeschritten sind die Arbeiten in FR, wo bereits ein Vorentwurf des entsprechenden Gesetzes besteht, und in BL, wo analog zu BS eine Vorlage mit Mietzinsbeiträgen als Ersatzlösung erarbeitet wird. In 5 Kantonen scheiterten Bestrebungen zur Einführung von Familien-EL in den letzten zehn Jahren. Fast immer spielten finanzpolitische Gründe bei der Ablehnung eine Rolle, weitere in einzelnen Kantonen angeführte Argumente gegen Familien-EL waren negative Erwerbsanreize, das Problem der Gerechtigkeit gegenüber Nichtfamilien in finanziellen Schwierigkeiten, die Bevorzugung präventiv wirkender Verbesserungen (wie Integrations- und Bildungsmassnahmen, Vereinbarkeit) sowie der Entscheid für Alternativen (Erhöhung der Krankenkassen-Prämienverbilligungen).

Die 4 Kantone, in denen Familien-EL gar nicht auf der politischen Agenda standen, stammen alle aus der Innerschweiz. Eine Begründung oder Haltung ist nur im Kanton LU bekannt, wo aufgrund der periodischen Wirkungsberichte Existenzsicherung andere Optimierungen im Vordergrund standen, Familien-EL aber bei Bedarf geprüft werden könnten.

In den 3 Kantonen (AI, SH, FR), die aktuell eine Einführung von Familien-EL planen oder prüfen, sind die Regierungen eher positiv eingestellt gegenüber dieser Leistung. In 3 weiteren Kantonen ist noch keine Haltung der Regierung bekannt, da erst Wissensgrundlagen geschaffen werden (AG, SG, ZH). In NE ist die Regierung dem hängigen Begehren gegenüber eher negativ eingestellt. 9 Kantone haben Familien-EL abgelehnt. In diesen Kantonen wurden andere Systeme eingeführt oder bewusst beibehalten oder Familien-EL wurden aus meist finanziellen Überlegungen abgelehnt. Aus den übrigen Kantonen die Haltung der Regierungen nicht bekannt.

Die Kantone haben viele weitere Massnahmen angegeben, oft solche, die in allen oder vielen Kantonen bestehen wie Alimentenbevorschussung, Prämienverbilligungen oder Stipendien. 9 Kantone kennen weitere Familienbeihilfen gemäss Definition des BFS. Diese sind finanziell in einem bescheideneren Umfang, als dies bei Familien-EL der Fall ist. Unter den Kantonen mit weiteren Familienbeihilfen ist allerdings auch die VD, die neben den Familienergänzungsleistungen weitere spezifische Leistungen für Familien kennt. In den meisten Kantonen handelt es sich um Mutterschaftsbeihilfen für die erste Zeit nach der Geburt eines Kindes, wie sie vor Einführung der obligatorischen Mutterschaftsversicherung vielerorts bestanden. Diese Leistungen wurden inzwischen teils auch für Väter geöffnet. VS verfügt über einen Familienfonds. BS kennt Familienmietzinsbeiträge.

Gefragt nach ihren Erwartungen an den Bund formulieren 8 Kantone keinerlei Anliegen. 7 Kantone wünschen sich vom Bund die Bereitstellung von Wissensgrundlagen. Ein von vielen (6 Kantonen) formuliertes Anliegen ist auch eine Stärkung der nationalen sozialen Sicherungssysteme, um negative Auswirkungen ungenügender Leistungen der vorgelagerten Systeme auf Bundesebene auf die kantonalen Sozialleistungen zu verringern. Konkrete Beispiele reichen von einem höheren Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung über höhere Mindestvorgaben bei den Familienzulagen, einem besseren Zugang zur Absicherung in der Zweiten Säule bis zu Familien-EL. Eine dritte, von 4 Kantonen formulierte Erwartung betrifft ein stärkeres Engagement des Bundes in der Armutsbekämpfung. 4 Kantone nennen weitere Politikbereiche, in denen der Bund aktiver agieren soll: Familienergänzende Kinderbetreuung, Kinder- und Jugendarbeit, Migration sowie ganz konkret die Revision des

Bundesgesetzes über Schuldenbetreibung und Konkurs (SchKG) mit Änderungen im Bereich der Schuldentilgung, da Familien und Kinder häufiger und stärker unter Überschuldungssituationen leiden.

In der Befragung kaum angesprochen wird das Thema der Kinder- und Familienarmut im Asyl- und Flüchtlingsbereich, da Familien-Ergänzungsleistungen im Fokus der Befragung standen. Die heutigen kantonalen Familien-Ergänzungsleistungen erreichen diese Gruppe in der Regel nicht oder erst nach langen Jahren. Gleichwohl ist gerade dies ein wichtiger armutsbetroffener Bevölkerungsteil und insbesondere die finanzielle Situation jener Familien prekär, die keinen Flüchtlingsstatus erreichen, sondern als vorläufig Aufgenommene oder mit dem neuen Schutzstatus S in der Schweiz leben.

9 Literaturverzeichnis

- Abrassart, A., Guggenbühl, T., & Stutz, H. (2015). Evaluation des effets de la loi sur les prestations complémentaires cantonales pour les familles et les prestations cantonales de la Rente-pont (LPCFam) [Sur mandat du Service des assurances sociales et de l'hébergement du canton de Vaud]. Bureau BASS.
- Bartels, K., & Nigl, T. (2020). Familienbericht Basel-Landschaft 2020 [Im Auftrag der Sicherheitsdirektion Basel-Landschaft].
- Baumgartner, E., Baur, R., Dittmann, J., & Sommerfeld, P. (2013). Sozialbericht 2013. Departement des Inneren Kanton Solothurn.
- Baumgartner, E., Ehrler, F., Gautschi, J., & Bochsler, Y. (2014). Evaluation der Ergänzungsleistungen für Familien im Kanton Solothurn. Schlussbericht [Im Auftrag des Kantons Solothurn, Amt für soziale Sicherheit]. Fachhochschule Nordwestschweiz / SKOS.
- Bestgen, M., Hofer, F., Hofer-Sasshofer, B., Jans, M., Meyer, J., Mittelmaier, N., Thommen, M., & Zollino, D. (2018). Familienbefragung 2017. Ergebnisbericht. Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt.
- Bieri, O., Bader, C., & Balthasar, A. (2012). Familienbeitrag im Kanton Zug. Studie zur Einführung einkommensabhängiger Familienbeiträge [Im Auftrag des kantonalen Sozialamtes]. INTERFACE.
- Bieri, U., Aebersold, M., & Longchamp, C. (2014). Schlussbericht zur Situationsanalyse Familien des Kantons Aargau [Im Auftrag des Departements Gesundheit und Soziales Kanton Aargau]. gfs.Bern.
- Bundesamt für Statistik BFS. (2019). Sozialhilfeempfängerstatistik Leitfaden zur Durchführung der Erhebung.
- Bundesamt für Statistik, Statistisches Amt Kanton Zürich, & Sozialamt des Kantons Zürich. (2020). Sozialbericht des Kantons Zürich 2019.
- Chancellerie d'Etat. (2022). Programme gouvernemental. Canton du Valais.
- Conseil d'État vaudois & Le Grand Conseil vaudois. (2010). Exposé de motifs sur la stratégie cantonale de lutte contre la pauvreté. Canton de Vaud.
- Crivelli, L., Da Pietro, C., Egloff, M., Greppi, S., & Lunati, D. (2015). Valutazione del sistema RIPAM. Art. 84 cvs. 1, LCAMal [Commissionato dall'Istituto delle assicurazioni sociali (IAS)]. SUPSI.
- DCS Département de la cohésion sociale. (2021). Un plan d'action contre la précarité à Genève. Cohésion sociale 2030. République et canton de Genève.
- De Pietro, C., Lunati, D., & Roncelli, E. (2020). Sistema RIPAM 2015-2021: Analisi dell'incidenza dei premi LAMal sul reddito post-sussidi RIPAM [Commissionato dall'Istituto delle assicurazioni sociali (IAS)]. SUPSI.
- Département de l'économie et de l'action sociale. (2020). Rapport social NE 2019.
- Departement Gesundheit und Soziales des Kantons Aargau. (2015). Sozialplanung des Kantons Aargau. Vom Grossen Rat verabschiedet am 20. Oktober 2015.
- DGS Departement Gesundheit und Soziales des Kantons Aargau. (2012). Sozialbericht des Kantons Aargau.
- DISG Dienststelle Soziales und Gesellschaft. (2018). Kinder- und Jugendleitbild Kanton Luzern. Gesundheits- und Sozialdepartement Kanton Luzern.

- Dittmann, J., & Bischoff, T. (2020). Armutsbericht 2019 Kanton Basel-Landschaft. Aktualisierung des Armutsberichts 2014.
- Dittmann, J., & Bischoff, T. (2015). Armutsbericht 2014. Kanton Basel-Landschaft [Im Auftrag des Regierungsrates Kanton Basel-Landschaft].
- Dittmann, J., & Bischoff, T. (2020). Strategie zur Verhinderung und Bekämpfung von Armut im Kanton Basel-Landschaft. Regierungsrat Basel-Landschaft.
- DSAS Département de la santé et de l'action sociale. (2017). Rapport Social Vaudois. Canton de Vaud.
- Dubach, P., Stutz, H., & Calderón, R. (2010). Armutsbericht Basel-Stadt. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen. Christoph Merian Verlag.
- Ecoplan. (2012). Verbesserung der sozialen Sicherung von Familien. Finanzielle Situation der St. Galler Familienhaushalte – Sozialleistungen – Optimierungsmöglichkeiten [Im Auftrag des Departements des Innern des Kantons St. Gallen].
- Erziehungsdepartement des Kantons Schaffhausen. (2010). Bericht zur Familienpolitik im Kanton Schaffhausen.
- Gouvernement de la République et Canton du Jura. (2010). Familles jurassiennes. Portrait et perspectives.
- Gouvernement de la République et Canton du Jura. (2011). Familles jurassiennes. Options retenues par le Gouvernement.
- Gouvernement de la République et Canton du Jura. (2015). Rapport du Gouvernement relatif au postulat No 317 «politique familiale».
- Greppi, S., Marazzi, C., & Vaucher de la Croix, C. (2013). La politica familiare nel più vasto contesto della politica sociale. Bilanci e prospettive per il Cantone Ticino [Commissionato del Dipartimento della sanità e della socialità del Cantone Ticino]. SUPSI.
- GSK Basel-Stadt (2008). Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 07.1592.01 des Regierungsrates betreffend Erlass eines Gesetzes über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen/SoHaG) sowie zur Beantwortung der Anzüge Thomas Mall und Konsorten betreffend Systematik der staatliche Umverteilungsmechanismen Rolf Stürm und Konsorten betreffende Übersicht der einkommensabhängigen Sozialleistungen und Steuerabzüge.
- Guggenbühl, T., Abrassart, A., & Dubach, P. (2017). Evaluation de la loi sur les prestations complémentaires cantonales pour familles (LPCC, art. 36B et suivants) [Sur mandat du Département de la solidarité et de l'emploi, Canton de Genève]. Bureau BASS.
- Höglinger, D., & Portmann, N. (2017). Wohlstand und Armut im Kanton Luzern. Entwicklung von Einkommen und Vermögen, Armut und Armutsbekämpfung. 2017. LUSTAT Statistik Luzern.
- IAS Istituto delle assicurazioni sociali. (2022). Assegno parentale.
- Kanton Bern. (2021). Familienbericht 2021. Laufende Massnahmen und geplante Weiterentwicklung der Familienpolitik des Kantons Bern.
- Kanton Bern. (2015). Sozialbericht 2015 Bekämpfung der Armut im Kanton Bern. Bericht des Regierungsrates.
- Kanton Solothurn. (2020). Integrales Integrationsmodell.
- Kantonsrat St. Gallen. (2014). Kinder- und Jugendpolitik im Kanton St. Gallen: Beteiligen, schützen, fördern.

- Knittel, T., & Neiger, F. (2011). Familienbericht 2010 Basel-Landschaft [Im Auftrag der Fachstelle für Familienfragen Kanton Basel-Land]. Prognos AG.
- Larenza, O. (2019). Foyers monoparentaux bénéficiaires de l'aide sociale économique dans le canton de Neuchâtel en 2016: Profil et parcours. Lives / Université Lausanne / Canton de Neuchâtel.
- Medici, D., Stoppa, R., Stern, S., & Schwab Cammarano, S. (2015). Bisogni e necessità delle famiglie ticinesi con almeno un bambino fra 0 e 4 anni. Rapporto d'analisi generale [Commissionato dalla Divisione dell'azione sociale e delle famiglie, Cantone Ticino]. tiresia di medici & stoppa / INFRAS AG.
- Müller, M., Loher, M., Frei, U., Ims-Fhs, S., Rüttimann, J., & Zehnder, C. (2011). Finanzielle Förderung von Familien im Kanton Appenzell Ausserrhoden. Kanton Appenzell-Ausserrhoden, Amt für Soziales, Abteilung Chancengleichheit.
- Müller, M., & Zeller, M. (2022). Strategie Frühe Förderung im Kanton Graubünden 2022 – 2025. Kanton Graubünden.
- Pointet, A., Ostrowski, G., & Scherly, L. (2022). Evaluation du dispositif des prestations complémentaires pour familles (PC Familles) du Canton de Vaud pour la période 2015-2019 [Sur mandat de la Direction générale de la cohésion sociale, canton de Vaud]. MICROGIS / evaluanda.
- Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt. (2007). Regierungsratsbeschluss vom 16. Oktober 2007 Ratschlag und Entwurf (07.1592.01).
- Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt. (2019). Regierungsratsbeschluss von 16. April 2019 zur schriftlichen Anfrage Bolliger (19.5028) «Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien (FamEL)».
- Regierungsrat des Kantons Obwalden. (2013). Bericht 2013 über monetäre und nicht-monetäre Massnahmen in der Familienpolitik (Familienbericht 2013).
- Regierungsrat des Kantons Zürich. (2020). Bericht zum Postulat KR-Nr. 381/2018 betreffend Bekämpfung von Kinderarmut im Kanton Zürich. Volage Nr. 5670.
- Regierungsrat Kanton Zürich. (2020). Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich. Sitzung vom 2. Dezember 2020 (KR-Nr. 413/2020).
- SAS Service de l'action sociale. (2022). Rapport Social 2021. Ampleur et évolution de la pauvreté dans le Canton de Jura. Département de l'Interieur du canton de Jura.
- SASH Service des assurances sociales et de l'hébergement & StatVD Statistique Vaud. (2015). Portraits des familles vaudoises. Des chiffres pour les décrire.
- SASoc Service de l'action sociale. (2016). Rapport sur la situation sociale et la pauvreté dans le canton de Fribourg. DSAS Direction de la santé et des affaires sociales du canton de Fribourg.
- Sozialamt Kanton Bern. (2014). Bericht zur Umsetzung des Familienkonzepts des Kantons Bern. Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern.
- Standeskommission Appenzell Innerrhoden. (2021). Perspektiven 2022-2025. Kanton Appenzell Innerrhoden.
- Stutz, H., Bannwart, L., Abrassart, A., Rudin, M., Legler, V., Goumaz, M., Simion, M., & Dubach, P. (2017). Kommunale Strategien, Massnahmen und Leistungen zur Prävention und Bekämpfung von Familienarmut. Bundesamt für Sozialversicherungen BSV.

- Stutz, H., & Heusser, C. (2021). Bestandsaufnahme, Bedarfsanalyse und Massnahmenempfehlungen zur Kinder- und Jugendpolitik in Graubünden [Im Auftrag des Departements für Volkswirtschaft und Soziales des Kantons Graubünden]. Büro BASS.
- Tschudi, D., & Soldini, E. (2019). Bilancio di genere della politica familiare: Focus su misure specifiche [Commissionato del Centro competenze lavoro, welfare e società]. SUPSI.
- Wanner, P. (2012). La situation économique des ménages monoparentaux et des personnes vivant seules dans le canton de Berne. Université de Genève.

10 Fragebogen

Kantonsbefragung zur Bekämpfung von Kinderarmut

Willkommen zur Online-Befragung!

Vielen Dank, dass Sie sich Zeit nehmen, den Fragebogen auszufüllen. Er besteht aus rund zehn Fragen, die sich mit den kantonalen Strategien zur Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut beschäftigen. Ein besonderer Fokus liegt auf Ergänzungsleistungen für Familien (Familien-EL).

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) führt die Online-Befragung im Auftrag der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) des Nationalrats und in Absprache mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) durch.

Das BSV wird die Befragung auswerten und bis zum Herbst 2022 einen Bericht zuhanden der WBK-N verfassen. Die WBK-N benötigt die Informationen zur Prüfung der parlamentarischen Initiative «Kinderarmut bekämpfen». Zudem werden die Informationen genutzt, um den Schwerpunkt «Familienarmut» der Nationalen Plattform gegen Armut 2019-2024 zu entwickeln.

Für Fragen steht Ihnen das BSV gerne zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an: Géraldine Luisier Rurangirwa, geraldine.luisier@bsv.admin.ch, Tel. 058 462 42 31.

[1.] Welche Verwaltungsstelle ist in Ihrem Kanton für das Thema Familien- und Kinderarmut zuständig?

Falls es sich um mehrere Stellen handelt: Nennen Sie bitte die einzelnen Stellen und ihre Aufgaben in der Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut.

[2.] Sind statistischen Angaben darüber verfügbar, wie viele Kinder in Ihrem Kanton von Armut betroffen sind?

Wichtiger Hinweis: Gemeint sind Armutskennzahlen neben der Sozialhilfestatistik. Angaben zur Sozialhilfestatistik werden für den Bericht zuhanden der WBK-N ohnehin aufgearbeitet. Sie müssen nicht in der Online-Befragung übermittelt werden.

Ja Nein

Falls ja:

- Aus welchem Jahr stammen die aktuellsten Angaben, wie lautet die absolute Zahl armutsbetroffener Kinder und wie gross ist sie im Verhältnis zu allen gleichaltrigen Kindern, die im Kanton wohnen?
- Auf welchen statistischen Quellen beruhen diese Angaben und in welchem Rahmen wurden sie publiziert?
- Wie hat sich die Zahl armutsbetroffener Kinder in den letzten Jahren entwickelt?

- Falls die aufgeführten Zahlen oder entsprechende Berichte online verfügbar sind, geben Sie uns bitte die Links an.

[3.] Besitzt Ihr Kanton eine schriftlich festgehaltene Strategie zur Bekämpfung von Familienarmut oder Kinderarmut?

- Ja, der Kanton verfügt über eine eigenständige Strategie zu Bekämpfung von Familien- bzw. Kinderarmut
- Teilweise ja, Familien- bzw. Kinderarmut ist Teil einer umfassenderen, schriftlich festgehaltenen Strategie des Kantons (z.B. Strategie zur Armutsbekämpfung, Sozialplanung)
- Nein

Falls ja:

- Welchen Namen trägt die Strategie?
- Wann und von wem wurde die Strategie erstellt?
- Falls Familien- bzw. Kinderarmut Teil einer umfassenderen Strategie ist: Bitte schildern sie, wie ausführlich die Strategie auf Kinder- und Familienarmut eingeht und was die zentralen Aussagen und Massnahmen sind.
- Bitte senden Sie uns die Strategie per E-Mail zu oder geben Sie uns den Link an, unter dem die Strategie verfügbar ist.

[Falls Frage 3 = Ja: weiter zu Frage 6]

[4.] Hat Ihr Kanton in den letzten zehn Jahren konzeptionelle Grundlagen erarbeitet oder Studien durchgeführt, die mit Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut in Zusammenhang stehen?

- Ja
- Nein

Falls ja:

- Um welche Arbeiten oder Studien handelt es sich?
- Wann wurden sie durchgeführt?
- Falls Berichte zu diesen Arbeiten oder Studien verfügbar sind: Bitte senden Sie uns diese per E-Mail zu oder geben Sie uns den Link an, unter dem sie verfügbar sind.

[Falls Frage 4 = Ja oder Frage 3 = Teilweise ja: weiter zu Frage 6]

[5.] Weshalb war Familien- und Kinderarmut in den letzten zehn Jahren in Ihrem Kanton kein Gegenstand von Strategien, konzeptionellen Grundlagen oder Studien?

[6.] Gibt es in Ihrem Kanton Ergänzungsleistungen für Familien (Familien-EL)?

- Ja
- Nein

Falls ja:

- Wie wird die Leistung in Ihrem Kanton genau bezeichnet?
- Was sind die rechtlichen Grundlagen der Leistung?

[Falls Frage 6 = Nein: weiter zu Frage 10]

[7.] Sind die Familien-EL seit ihrer Einführung in wichtigen Punkten verändert worden? Falls ja, in welcher Hinsicht und aus welchen Gründen?

[8.] Hat Ihr Kanton Evaluationen zur Familien-EL durchgeführt oder ist eine Evaluation in naher Zukunft geplant?

Falls Evaluationen vorliegen: Bitte senden Sie uns diese per E-Mail zu oder geben Sie uns den Link an, unter dem die Evaluationen verfügbar sind.

[9.] Welche Ziele hat Ihr Kanton mit der Einführung von Familien-EL verfolgt? Welche dieser Ziele konnten bisher in vollem Umfang erreicht werden, welche Ziele noch nicht oder nur teilweise?

[Falls Frage 6 = Ja und Frage 3 = Ja: weiter zu Frage 14]

[Falls Frage 6 = Ja und Frage 3 = Nein: weiter zu Frage 13]

[10.] Gibt es in Ihrem Kanton zurzeit Bestrebungen, Familien-EL einzuführen oder deren Einführung zu prüfen (z.B. politische Vorstösse, Abklärungen von Regierung und Verwaltung, Legislaturziele/-programm)?

Ja

Nein

Falls ja:

- Wer hat diese Bestrebungen initiiert?
- Was ist der genaue Inhalt dieser Bestrebungen?
- Welches ist der aktuelle Stand des Geschäfts?
- Welche Haltung nimmt die Kantonsregierung dazu ein?
- Bitte geben Sie uns Links an, unter denen weitere Informationen verfügbar sind.

[Falls Frage 10 = Ja und Frage 3 = Ja: weiter zu Frage 14]

[Falls Frage 10 = Ja und (Frage 3 = Nein oder Teilweise ja): weiter zu Frage 13]

[11.] Gab es in Ihrem Kanton in den letzten zehn Jahren Bestrebungen, Familien-EL einzuführen bzw. wurden entsprechende Abklärungen vorgenommen?

__ Ja

__ Nein

Falls ja:

- Von wem wurden diese Bestrebungen initiiert?
- Was war der genaue Inhalt dieser Bestrebungen?
- Aus welchen Gründen führten diese Bestrebungen nicht zur Einführung von Familien-EL? Welche Haltung hatte die Kantonsregierung dazu eingenommen?
- Bitte geben Sie uns Links an, unter denen weitere Informationen verfügbar sind.

[Falls Frage 11 = Ja und Frage 3 = Ja: weiter zu Frage 14]

[Falls Frage 11 = Ja und (Frage 3 = Nein oder Teilweise ja): weiter zu Frage 13]

[12.] Gibt es eine Haltung Ihres Kantons zu Familien-EL? Falls ja, liegen hierzu Aussagen oder Beschlüsse von Kantonsregierung oder -parlament vor?

[Falls Frage 3 = Ja: weiter zu Frage 14]

[13.] Abgesehen von Familien-EL: Hat Ihr Kanton andere Massnahmen ergriffen, um gegen Familien- und Kinderarmut vorzugehen?

[14.] Hat Ihr Kanton konkrete Erwartungen, ob und wie der Bund die Kantone in der Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut unterstützen soll?

Vielen Dank für das Ausfüllen des Fragebogens! Bitte geben Sie uns zum Schluss an, an wen wir uns bei allfälligen Rückfragen wenden können:

Vorname und Name:

Verwaltungsstelle:

E-Mail:

Telefon:

Enquête auprès des cantons sur la lutte contre la pauvreté des enfants

Bienvenue dans notre enquête en ligne !

Merci de prendre le temps de remplir ce questionnaire. Il comporte une dizaine de questions relatives aux stratégies cantonales de lutte contre la pauvreté des familles et des enfants. L'intérêt se porte en particulier sur les prestations complémentaires pour familles (PC pour familles).

L'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) réalise cette enquête à la demande de la Commission de la science, de la formation et de la culture du Conseil national (CSEC-N) et en accord avec la Conférence des directrices et directeurs des affaires sociales (CDAS).

L'OFAS analysera les résultats de l'enquête et en fera rapport à la CSEC-N à l'automne 2022. Les informations recueillies sont attendues par la CSEC-N qui procède à l'examen de l'initiative parlementaire « Lutte contre la pauvreté des enfants ». Elles seront également utiles au développement du thème prioritaire Pauvreté des familles de la Plateforme nationale contre la pauvreté 2019-2024.

N'hésitez pas à nous contacter pour toute question. Merci de vous adresser à l'OFAS, à : Géraldine Luisier Rurangirwa, geraldine.luisier@bsv.admin.ch, tél. 058 462 42 31.

[1.] Quel service administratif est responsable du thème de la pauvreté des familles et des enfants dans votre canton ?

Si plusieurs services sont compétents, prière de les nommer en spécifiant leurs tâches respectives dans la lutte contre la pauvreté des familles et des enfants.

[2.] Existe-t-il des données statistiques sur la pauvreté des enfants dans votre canton ?

Important : Sont visés ici les chiffres clés de la pauvreté en dehors de la Statistique de l'aide sociale. Les données de la Statistique de l'aide sociale seront de toute façon reprises dans le rapport à la CSEC-N. Il n'est pas nécessaire de les transmettre dans l'enquête en ligne.

Oui

Non

Si oui :

- De quand datent les données les plus récentes ? Combien d'enfants sont concernés par la pauvreté, et quelle proportion ces enfants représentent-ils par rapport à l'ensemble des enfants du même âge vivant dans le canton ?
- Quelles sont les sources statistiques de ces données, et dans quel cadre ont-elles été publiées ?
- Quelle a été l'évolution du nombre d'enfants concernés par la pauvreté ces dernières années ?
- Si les données mentionnées, ou les études ou rapports correspondants, sont disponibles en ligne, prière d'indiquer les liens vers ces publications.

[3.] Votre canton dispose-t-il d'une stratégie consignée par écrit de lutte contre la pauvreté des familles ou des enfants ?

Oui : le canton a une stratégie spécifiquement consacrée à la lutte contre la pauvreté des familles ou des enfants

Oui, en partie : la pauvreté des familles et des enfants fait partie d'une stratégie cantonale formelle de plus large portée (par exemple stratégie de lutte contre la pauvreté, planification sociale)

Non

Si oui :

- Quel est le nom de cette stratégie ?
- Qui l'a adoptée, et à quelle date ?
- Si la pauvreté des familles et des enfants fait partie d'une stratégie de plus large portée, veuillez décrire dans quelle mesure cette stratégie traite de la pauvreté des enfants et des familles, et quels en sont les éléments principaux et les principales mesures.
- Merci de nous faire parvenir la stratégie par courriel ou d'indiquer le lien sous lequel il est possible d'y accéder.

[4.] Au cours des dix dernières années, votre canton a-t-il élaboré des bases conceptuelles ou mené des études en rapport avec la lutte contre la pauvreté des familles et des enfants ?

Oui

Non

Si oui :

- De quels travaux ou études s'agit-il ?
- Quand ont-ils été menés ?
- Si des rapports ou des études sont disponibles, merci de nous les faire parvenir par courriel ou d'indiquer les liens sous lesquels il est possible d'y accéder.

[5.] Pourquoi la pauvreté des familles ou des enfants n'a-t-elle pas donné lieu à des stratégies, des bases conceptuelles ou des études au cours des dix dernières années ?

[6.] Existe-t-il des prestations complémentaires pour familles (PC pour familles) dans votre canton ?

Oui

Non

Si oui :

- Comment désigne-t-on ces prestations dans votre canton ?
- Quelles en sont les bases légales ?

[7.] Le régime des PC pour familles a-t-il été modifié de façon significative depuis son introduction ? Dans l'affirmative, en quoi a-t-il été modifié, et pour quels motifs ?

[8.] Votre canton a-t-il procédé à l'évaluation des PC pour familles, ou prévoit-il une évaluation dans un futur proche ?

Si des évaluations sont disponibles : Merci de nous les faire parvenir par courriel ou d'indiquer les liens sous lesquels il est possible d'y accéder.

[9.] Quels objectifs votre canton a-t-il voulu poursuivre en introduisant des PC pour familles ? Lesquels de ces objectifs ont déjà pu être pleinement atteints, lesquels n'ont pas encore été atteints ou ne l'ont été qu'en partie ?

[10.] Votre canton prend-il actuellement des dispositions en vue d'introduire des PC pour familles ou d'en examiner la possibilité (par exemple : interventions parlementaires, travaux exploratoires du gouvernement ou de l'administration, objectifs ou programme de législature) ?

Oui

Non

Si oui :

- Qui est à l'origine de ces initiatives ?
- Sur quoi portent-elles exactement ?
- Quel en est l'état actuel ?
- Quelle est la position du gouvernement cantonal à leur sujet ?
- Merci d'indiquer les liens vers les informations disponibles.

[11.] Au cours des dix dernières années, votre canton a-t-il pris des dispositions en vue d'introduire des PC pour familles, ou la question a-t-elle été à l'étude ?

Oui

Non

Si oui :

- Qui était à l'origine de ces initiatives ?
- Sur quoi portaient-elles exactement ?
- Pour quelles raisons les démarches n'ont-elles pas abouti à l'introduction de PC pour familles ?
- Quelle avait été la position du gouvernement cantonal à cet égard ?
- Merci d'indiquer les liens vers les informations disponibles.

[12.] Votre canton a-t-il exprimé un avis au sujet des PC pour familles ? Dans l'affirmative, existe-t-il des déclarations ou des décisions du gouvernement ou du parlement cantonal ?

[13.] Mis à part les PC pour familles : Votre canton a-t-il pris d'autres mesures pour contrer la pauvreté des familles et des enfants ?

[14.] Votre canton a-t-il des attentes concrètes quant à un soutien de la Confédération dans la lutte contre la pauvreté des familles et des enfants ?

[15.] Merci beaucoup d'avoir rempli le questionnaire ! Veuillez encore nous indiquer à qui nous pourrions adresser nos éventuelles questions :

Prénom et nom :

Service / unité administrative :

Courriel :

Téléphone :

Abbildung 3: Fragebogenführung

